

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf. Stellenangebote 10 Geis. Kolonellzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Geis. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inierate v. ausw.: die 10 Geis. Kolonellzeile 40 Pf. bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Abbruch des Hafnarbeiterstreikes?

Angenügende Mehrheit für Fortsetzung des Kampfes.

SPD. Hamburg, 4. Oktober.

Die Lage im Hamburger Hafen war auch am Montagmorgen noch unverändert. Vor Schichtbeginn sammelten sich große Massen von Hafnarbeitern an der Wasserkante, die es aber ablehnten, sich zur Arbeit vermitteln zu lassen. Ein kleiner Teil von Arbeitern, der sich anfangs geneigt zeigte, die Arbeit wieder aufzunehmen, ließ sich durch die allgemeine Stimmung der Kollegen dazu bewegen, eben falls im Streik auszuharren. In diesem Entschluß, nicht an die Arbeit zu gehen, zeigt sich die Verbitterung der Hafnarbeiter über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters. In einer

Erklärung der Streikleitung

wird betont, daß die Hafnarbeiter immer den Parolen ihres Vertrauenskörpers gefolgt seien, daß aber die Verbindlichkeitsklärung dem Haf den Boden ausgeflogen habe. Der Reichsarbeitsminister müsse für die Folgen allein verantwortlich gemacht werden. Die Erklärung wendet sich dann gegen den von kommunistischer Seite propagierten Gedanken der Einheitsfront im Streik mit den Werftarbeitern. Die Kommunisten machen überhaupt fieberhafte Anstrengungen, die Bewegung für ihre Zwecke auszunutzen. In einer Versammlung am Sonntag, zu der sie als besondere Zugkraft Thämann eigens nach Hamburg bemühten, wurde eine einzige Hehe gegen die Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei und deren Presse entfaltet.

Am Montagnachmittag tagte eine Versammlung der organisierten Hafnarbeiter, in der eine Erklärung des Hafnarbeiterrates abgegeben wurde, daß er von sich aus die Arbeiterkraft nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen könne, da er auch nicht zur Arbeitsniederlegung aufgefordert habe. Der Hafnarbeiterrat macht aber darauf aufmerksam, daß durch die Verbindlichkeitsklärung dem Betriebsrat das Recht genommen ist,

Streitigkeiten, die sich aus der jetzigen Arbeitsniederlegung ergeben, zu schlichten, da alle Arbeiter, die nicht zur Arbeit erscheinen, sich ihrer tariflichen Rechte begeben. Er ersucht die Verhandlungsleitung ferner, zum nächstmöglichen Termin die Löhne zu kündigen und die jetzige unbefriedigende Regelung zu beseitigen und empfiehlt den Arbeitern, die Arbeit am 5. Oktober wieder aufzunehmen.

Auf Grund dieser Empfehlung des Hafnarbeiterrates wurde in einer großen Versammlung der organisierten Hafnarbeiter am Montagnachmittag eine Abstimmung über Fortführung oder Abbruch des Streiks beschlossen. Die überwiegende Mehrheit stimmte für Fortsetzung des Kampfes. Über die nach gewerkschaftlichen Grundätzen zur Fortsetzung des Streiks erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde nicht erreicht. Das bedeutet, daß nach dem Beschluß der organisierten Hafnarbeiter der Kampf abgebrochen und die Arbeit am Dienstagmorgen wieder aufgenommen werden muß. Es ist anzunehmen, daß diesem Beschluß am Dienstag auch entsprochen wird.

Streik im Londoner Hafen.

II. London, 4. Oktober.

In den Londoner Docks brach heute unerwarteterweise ein milder Streik aus, dessen Ursache auf die bereits in der Zeit des Generalstreiks zurückgehende Weigerung der Londoner Hafnarbeiter zurückzuführen ist, einem Mitgliede der Hafnarbeiter-Gewerkschaft die Erlaubnis zum Betreten des Hafengebietes zu geben. In dem Dock von Tilbury traten infolgedessen 1500 Mann in den Streik, dem sich innerhalb weniger Stunden weitere 700 anschlossen. Bis auf ganz wenige Arbeiter sind die Docks leer. Bisher konnten alle Schiffe mit verderblichen Waren noch rechtzeitig gelöscht werden. Wenn der Streik nicht innerhalb der nächsten zwei oder drei Tage beigelegt wird, ist zu erwarten, daß sich die Verschiffungen von London aus verzögern werden. Ob die Gewerkschaften den Streik der Arbeiter billigen werden, wovon die Dauer des Streiks abhängen dürfte, steht noch nicht fest.

Der Streik in England. Neue Arbeitsniederlegungen.

SPD. London, 4. Oktober.

Die endgültigen Abstimmungsergebnisse der Abstimmung in den Distrikten liegen am Montag noch nicht vor. Jedoch ist nach den vorliegenden Berichten eine Majorität für die Ablehnung der Vorschläge zu erwarten. So haben Schottland, Südwales, Northire und Nord-Cumberland die Regierungsvorschläge abgelehnt, was für den letztgenannten Bergbaudistrikt deshalb besonders bemerkenswert ist, als die Führer dieses Distrikts den Arbeitern eine Annahme der Vorschläge empfohlen hatten. Die Unternehmer melden heute mit dem Beginn der neuen Woche die Rückkehr von 9000 Arbeitern zur Arbeit, jedoch steht diesem Rückstrom eine entgegengesetzte Entwicklung in Welbeck und Nottingham gegenüber. Dort haben 7-8000 Arbeiter neuerdings die Arbeit niedergelegt. Der Daily Herald vom Dienstag schreibt in einem Kommentar zu der neuen Arbeitsniederlegung in der Zeche Welbeck, dieser Vorgang sei weniger um seiner selbst willen als seiner Perspektiven, die er eröffnet, von großer Bedeutung. Wenn Arbeiter, die schon zur Arbeit zurückgekehrt seien, in der Art auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen der Unternehmer reagieren, so ließe sich leicht voraussetzen, daß ein wahrer Guerillakrieg im Kohlengebiet zu erwarten sei, wenn die große Majorität, die bisher noch Widerstand leistet, zur Arbeit auf der Basis der Unternehmerbedingungen gezwungen werde. Baldwin's Politik sei geschaffen, die Unruhe im Kohlengebiet zu verewigen.

Der Sekretär der Bergarbeiter Cook, der am Sonntag in drei Versammlungen gesprochen hatte, ist während der letzten Versammlung in Glasgow infolge Ueberanstrengung zusammengebrochen und mußte ohnmächtig abtransportiert werden. Sein Befinden hat sich inzwischen gebessert, jedoch war er noch nicht in der Lage, nach London zurückzukehren.

Die Tel.-Union meldet aus London, daß die Zahl der zur Arbeit zurückgekehrten Bergarbeiter am Montag wieder beträchtlich gestiegen sei und jetzt über 171 000 betrage. Die vorstehende Meldung beweist, daß diese Zahlenangaben keine Rückschlüsse auf den wirklichen Stand der Dinge gestatten.

Anschläge auf die Rechte der Gewerkschaften.

Die Pläne der Konservativen.

SPD. London, 5. Oktober. (Radio.)

Der Parteitag der englischen Konservativen wird, wie die Moskische Zeitung zu melden weiß, an die Regierung Baldwin folgende Forderungen auf Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften richten:

1. sollen die Gewerkschaften schadenersahnsfähig gemacht werden, wenn sie ihre Mitglieder durch einen Streikbeschluss auffordern, ohne Kündigung ein bestehendes Lohnabkommen zu brechen;
2. soll die gesetzliche Bestimmung aufgehoben werden, wonach der Mitgliedsbeitrag einer Gewerkschaft zugleich ein Mitgliedsbeitrag für eine politische Partei enthalten darf (durch diese Bestimmung soll die aus Gewerkschaftsmitteln erhaltene Labour Party getroffen werden);
3. vor Erklärung eines Streikes soll eine geheime Abstimmung der Mitglieder der Gewerkschaft stattfinden. Die Abstimmung ist von unabhängigen Persönlichkeiten durchzuführen;
4. der Begriff des „friedlichen Streikpostens“ soll erheblich eingeschränkt werden.

Frankreich in China.

WIB. London, 4. Oktober.

Ein Berichtstatter des Daily Telegraph will erfahren haben, daß ein Kontrakt zwischen der französischen Interessengruppe Schneider-Creusot und Marschall Tschangscholin unterzeichnet worden sei, wonach jener der Bau einer Eisenbahnlinie von Schichuan nach Tsingtau (an der Bahnlinie Peking-Tsintsin) nach Tschangschau (an der Linie Tientsin-Pufau) übertragen wird. Eine Klausel des Abkommens sieht einen Barvorstoß von 35 Millionen Dollar innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Kontraktes vor.

Eine solche Bahn hätte für den französischen Eisenbahnimperialismus eine nicht geringe Bedeutung. Die genannte Verbindung der beiden parallel laufenden Bahnstrecken wäre die einzige in den nördlichen Provinzen. Hierdurch würde auch der kürzeste Bahnweg zwischen dem Süden Tschilis und Schantung hergestellt sein; beide Provinzen gehören zum Machtbereich Tschangscholins. Daß Frankreich sich für seine wenn einseitigen auch nur ganz kleine imperialistische Tätigkeit in China ausgerechnet hinter Tschangscholin lehnt, ist nicht verwunderlich. Denn gerade von ihm als dem Beherrscher der Mandschurei versuchten kürzlich, wie wir berichteten, die französischen Kreise der Russisch-Asiatischen Bank, sich ihre Eigentumsrechte an der russischen Ostsibabahn wieder herstellen zu lassen. Damit scheinen sie allerdings wenig Glück gehabt zu haben. Die Russisch-Asiatische Bank ist übrigens dieser Tage mit ihrer Pariser und Schanghai Niederlage in Liquidation getreten. Den Anspruch auf die Ostsibaische Bahn hat man jedoch nicht fallen lassen.

Umbildung der ungarischen Regierung. Wie die Berliner Wäster aus Budapest melden, hat der ungarische Innenminister Rakaszky seine Demission gegeben. Mit seinem Rücktritt wird die Umbildung des Kabinetts Beschlen eingeleitet.

Mehr Klarheit, weniger Schmus!

Wieder eine „Revision“ des Marxismus.

A. G. Nach dem revolutionären Gewitter der ersten Nachkriegsjahre schieden die „Widerleger“, „Ergänzer“ und „Revidierer“ des Marxismus wie Pilze aus dem durch die wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen des letzten Jahrzehnts aufgerissenen Boden. Einerseits sind große Schichten des sogenannten „Mittelstandes“, dieses Sammelbedens der bürgerlichen Geistesarbeiter und Intellektuellen, in unmittelbare wirtschaftliche und gesellschaftliche Nähe des Proletariats gegangen. Andererseits sind nach den vielen Jahren des Burgfriedens, der Arbeitsgemeinschaften, der Volksgemeinschaft, der diversen kleinen und großen Koalitionen die Schranken gefallen, die die ersten Generationen der proletarischen Kämpfer im Heldenzeitalter der sozialistischen Bewegung gegen die geistigen Beeinflussungsversuche der Laienprediger des Kapitalismus ausgerichtet hatten. Die Geistesprodukte der bürgerlichen „Sozialreform“, dies alte und erprobte Mittel der Ablenkung des Proletariats von dem „Staatsgefährlichen“ Klassenkampf, hatten keine Quarantäne mehr zu passieren beim Betreten proletarischen Grundes. Alte Ladenhüter, nach denen zu Bebel und Haase Zeiten kein Hahn mehr gekräht hat, wurden flugs herbeigezaubert, mit etlichen wissenschaftlichen Etiketten versehen und durch diplomierte Männer mit Professoren- und Dokortiteln unter die Massen gebracht.

Unterdes waren aber im proletarischen Lager erhebliche Umsichtigungen vor sich gegangen. Die ältere, an die bloße Organisationsstradition gebundene Schicht der Parteifunktionäre war, soweit sie dem Apparat der alten Organisation die Treue wahrte, mit Haut und Haaren in die „Krauts-männliche“ Gedankenwelt der Sozialpatrioten hineingewachsen. Nach der Revolution vollzog sich auch in ihren gesellschaftlichen Funktionen eine Wandlung. Zehntausende von öffentlichen Funktionären waren für Vertreter der Sozialdemokratischen Partei freigeworden, der Funktionärkörper der Mehrheitspartei wurde fast reiflos in den Verwaltungs- und Aufsichtapparat der Gemeinden, der Länder, des Reiches, der gemeinwirtschaftlichen und Fürsorgeinstitutionen des Staates hinübergepflanzt. Die nächstfolgende Generation erhielt die Last der Organisationsarbeit aufgebürdet, an eine planmäßige Schulung des Nachwuchses war nicht zu denken. Zu einem, allerdings wesentlich geringeren Teil wurden auch die USP- und KPD von diesen politischen Verschiebungen betroffen. Den entscheidenden Schlag erfuhr indes der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung von der entgegengesetzt verlaufenden Tendenz der Nachkriegsumwälzungen.

Litt die Mehrheitspartei unter der Dezimierung der sozialistischen Kadern ihrer Organisation durch die Anforderungen des Wiederaufbaus der im Kriege zerrütteten staatlichen (freilich kapitalistischen) Organisation der Gesellschaft, so erlag die Linke der Arbeiterbewegung den Einflüssen des Zerfalls der Wirtschaft und des Staates. Angesichulte, schwer organisierbare Massen strömten der Bewegung zu, die Jahre hindurch aus dem Produktionsprozeß herausgerissen oder in ihn überhaupt noch nicht eingegliedert waren. Die Schärfe der Klassenkämpfe, der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Macht verhinderte den Aufbau der Organisationsfunktion und machte eine sozialistische Schulung der jüngeren Generation unmöglich. Die zielbewusste Spaltungs- und Zerfärbungsarbeit des Kommunismus Moskauer Observanz tat das übrige.

So stand dem Ansturm der kapitalistischen Gedankenwelt ein geistig unvorbereitetes, in seiner ideologischen Widerstandskraft geschwächtes Proletariat gegenüber. Indes hatte die Zerlegung des Kapitalismus und die ihr folgende Proletarisierung des Mittelstandes bedeutende Kadern der gesellschaftlichen Zwischenschichten in einen Gegensatz zur Bourgeoisie gebracht, sie an der Möglichkeit eines behäuflichen, auskömmlichen Daseins im Rahmen des Kapitalismus ver-zweifeln lassen. Diese Schichten wurden teils in die Arme des Faschismus, teils in die Nachbarschaft des sozialistischen Proletariats getrieben. Aber ob faschistisch, ob gefühls-sozialistisch und Kleinbürgerlich-radikal, die Geisteshaltung dieser Schichten blieb in ihrem Wesen einheitlich und in ihren Grundtendenzen unberührt. Die Sehnsucht nach Ruhe, nach sozialer Frieden, nach der Herbeiführung eines stabilen Gesellschaftszustandes, in dem das Verhältnis der „Stände“ zueinander festgegliedert wäre, so daß die auf Anarchie und Interessenkampf gegründete kapitalistische Gesellschaftsordnung einen „Sinn“ und einen geistigen Gehalt erhielt: das war der Antrieb der entworsten Mittelständler, teils gedanklich ausgeprochenes, teils bloß gefühlsmäßig geahntes Grundprogramm der proletarisierten Intellektuellen, der Ideologen des Mittelstandes.

Eine Reaktion auf die Zerrissenheit und Zerfärbung der kapitalistischen Welt verbindet sich dort mit einem Streben nach Eingebung und Sinnerfüllung des gesellschaftlichen Daseins, das entweder in der Sehnsucht nach der Wiederkehr der „Gemeinschaftsordnung“ des Mittelalters oder aber in dem Suchen nach einer höheren Einheit und Gemeinschaft in Gott, in dem Rückfall in die religiöse Gedankenwelt seinen Ausdruck findet. Bei der geistigen Zerfahrenheit, Rich-

lungslosigkeit und Uninteressiertheit, wie sie im sozialistischen Lager auf der Grundlage der oben geschilderten Umschichtungs- und Umwälzungsprojekte um sich geiffen hatte, war es nur natürlich, daß der junge gerade Wein des proletarischen Nachwuchses zu einem beachtlichen Teil in die alten Schläuche der Kleinbürgerlichen Gedankenwelt gegossen wurde. Man sucht nach Verinnerlichung, geistiger Einigkeit, gefühlsmäßiger Verlebung, nach Klarheit und nach Hingebender Begeisterung — und findet eine Organisation mit bedenklichen Anzeichen von Arterienverkalkung, eine Bewegung, die in ruhigem Trotz auf ausgetretenen Bahnen dahinwandelt, eine Geistigkeit, die keine ist. Und man wirft sich dann unbesonnen in die Arme jener, die einen Glauben zu entzünden vermögen: an Gott, an das Edele und Schöne, an Nation oder Volksgemeinschaft, an den Frieden auf Erden und die Eintracht im Geist. All diese Phrasen bleiben aber nicht ohne ihren politischen Ausdruck: in den einen wird Diktaturbegeisterung und Machtonbetung großgeschrieben, in den anderen religiöser Wunderglaube, in den dritten „nationaler Aktivismus“, wieder in anderen Ablehnung des Klassenkampfes, Verehrung der leeren republikanischen Phrase, Bekenntnis zur Klassenversöhnung und Klassenverbrüderung.

Diese unausgegorenen Sehnsüchte, Strebungen und Stimmungen verdrängen sich zu organisatorischen Zusammenschlüssen (man denke etwa an den Folgeis:maraner Kreis der Jungsozialisten), erzeugen eine umfangreiche Literatur (die religiösen Sozialisten, die „Psychologen“ vom Schlage de Mans und Kurt Geners, die „Staatsbejaher“ Heller, Sturmfels, Rieckisch usw., die „Wirtschaftsfriedlichen“ wie Ebert jr., Dr. Berger und so mancher andere) und führen letztlich zu politischen Konsequenzen, wie wir sie jetzt in dem Nationalsozialismus der sächsischen NSDAP erleben. Denn man sollte nicht meinen, daß es sich bei der NSDAP um eine Ausnahmeerscheinung handelt. Ihr verwandte Strömungen sind allenthalben vorhanden. Und sie sind um so gefährlicher, je zahlreicher und harmloser sie auftreten. Wir haben jetzt das Parteizerkünderwerk der sächsischen Disziplinbrecher vor Augen, und wir meinen, dieses Werk gebe zu Würdungen Grund genug.

Nun liegt wieder einmal ein literarisches Produkt des neuartigen Revisionismus vor: das Schriftlein: „Die sittliche Idee des Klassenkampfes und die Entartung des Kapitalismus“ von dem Hamburger Universitätsprofessor Eduard Heimann, erschienen als zweites Heft der unter der Aufsicht von Radbruch, Singheim und Karl Bröger von den Folgeis:maranern Rathmann und Osterroth herausgegebenen „Schriften zur Zeit“. Ihr besonderes Gewicht erhält diese Publikation dadurch, daß sie in unserem Parteiverlag, bei J. H. W. Dieckhoff, erscheint!

Was soll die Heimannsche Schrift? Stofflich ist sie sicherlich als eine Auseinandersetzung mit jenen gemeint, die im Kapitalismus sittliche Kräfte, im proletarischen Klassenkampf aber das Böse am Werk sehen; und wir unterstellen gern die ehrlichsten und redlichsten Absichten des Verfassers, durch die sich die Schrift von manch anderem Geistesprodukt der gleichen Richtung vorteilhaft unterscheidet. Durch ihre scheinbare „Objektivität“ dem Marxismus gegenüber wirkt aber die Schrift nur noch gefährlicher. Denn in ihrer sachlichen und gegen das Dämonische im Kapitalismus sich wendenden Darstellung verdeckt sie nur ihre wahre Tendenz, den Marxismus als jenen Faktor hinzustellen, der die sittliche Bedeutung des Klassenkampfes verleihe und aus dem Bewußtsein des Proletariats ausschalte. Dabei verzerrt Heimann das Wesen des Marxismus bis zur Unkenntlichkeit, setzt den Klassenkampf in seinen feilschen Wurzeln einem Sklavenaufstand gleich, behauptet, daß die Klassen-solidarität des Proletariats verschwinden und einem tierischen Interessentkampf Platz machen müsse, wenn ihre soziale Wurzel, die Unterdrückung des Proletariats, mit der Beseitigung des Kapitalismus geschwunden sei. Wo denn die Erlösung — außer in Gott — zu suchen sei, wird uns von Heimann nicht ver-raten. Wer irrt er doch selbst in einer gelegentlichen Wendung den „Glauben, als könne der kapitalistische Interessentkampf samt seinem Bestandteil, dem Klassenkampf, durch ein bißchen Moral befähigt und in ein freundliches Zusammenleben verwandelt werden!“ Wenn dem aber so ist, was dann die 90 Seiten Moralpredigt? Was ist denn dann der Effekt?

Nun, der Effekt ist überaus bedenklich. Aus der ablehnenden Haltung zum Marxismus erwächst das Unverständnis gegenüber der marxistischen Methode, so daß der Verfasser in unnachahmlicher Naivität die marxistische Krisentheorie entdeckt als die Erfindung eines seiner Bestimmungsfreunde (S. 49). Aus dieser Haltung folgt eine faum noch begriffliche „Einführung“ in die materiellen und geistigen „Nöte“ der Beteiligten: einmal werden die an der Inflation schuldigen Kapitalisten „weitgehend entschuldigt“, „da die eigentliche Sachverständigen und Unparteiischen jede Möglichkeit der Stabilisierung verneinten“ (S. 54); zum anderen wird aus der geistigen Krise im Lager des Kapitalismus nicht die gerade hier sich kundgebende Sieghaftigkeit der marxistischen Gedankengänge gefolgert, sondern eine weitgehende Notgemeinschaft gegenüber der „gleichen Not“, von der „die beiden Fronten des Klassenkampfes heimgejucht sind“ und die nur durch „Liebe und schaffenden Glauben“ überwunden werden könne (S. 43/44).

Aus einer solchen Grundeinstellung heraus wird dann vor der „Katastrophe“ der sozialen Revolution gewarnt, die „das Auseinanderbrechen eines nur als Einheit lebensfähigen Körpers“ sei, womit praktisch die Erhaltung des Kapitalismus gefordert wird. Daß dies mit dem Scheitern des ausbrüchlich als „marxistisch“ bezeichneten Experimentes in Rußland begründet wird, ist besonders reizvoll zu hören: das ist schon die übliche Beweisführung der Unternehmerr-syndizal! Aber es kommt noch schöner: der eben erst als sittlich gerechtfertigte Klassenkampf wird in einer Art als schädlich gekennzeichnet, wie es die Vereinerung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht besser tun könnte:

„Es ist“, schreibt Heimann, „schon richtig, was die Gegner sagen, ohne daß die Hemmung durch den Klassenkampf mehr Güter hergestellt werden könnten, daß Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit und Streik die Güterausbeute der Volkswirtschaft verringern.“ (S. 45.)

Nein, Herr Professor, gerade das ist nicht richtig! Nicht die „Unzufriedenheit“ der Proletarier (welch kapitalistische Sprache doch mit einemmal der „objektive“ Gelehrte findet!), sondern die Ausbeutung der Proletarier durch die Mehrwertaneigner ist es, die die „Güterausbeute“ verringert, die immer wieder alles vernichtende Krisen heraufbeschwört, wertvollstes Volksgut vernichtet und die Nationen auf Schmachfeld führt, wo sie bis zum Weißbluten die „Güterausbeute“ verteidigen dürfen. Der Klassenkampf hemmt nicht die Wirtschaft, sondern er fördert sie, indem er den Kapitalismus überwinden hilft und die Möglichkeit schafft, eine Volkswirtschaft überhaupt erst zu errichten. Der

Klassenkampf fördert nicht, sondern er vernichtet das „Böse“ und „Dämonische“ im Menschen, indem er die Bedingungen beseitigt, die immer fortzeugend aus Not und Unterdrückung und Elend unterjochte, auffällige Sklaven schaffen. Erst im und durch den Klassenkampf werden die Sklaven des Kapitalismus zu denkenden und seelisch empfindenden Wesen; und einmal dank der in ihnen lebenden Solidarität als Klasse zu freien, neuen Menschen geworden, werden sie auch nicht wieder zu Tieren werden, wenn die sie zur Klasse zusammenschweißende Not entfällt!

Das und nichts anderes ist die sittliche Idee des Klassenkampfes! Um sie zu erkennen und mitzuerleben, braucht man Klarheit, nicht religiösen Schmus. Auch dies muß man aber aussprechen: nicht eher wird die deutsche Arbeiterbewegung gesunden, zu neuem Leben und zu neuen Siegen erwachen, als sie jene Klarheit gewinnt und den nur dem Kapitalismus dienlichen Schmus jenen, die ihn darbringen, mit Dank zurückgegeben haben wird.

Nachlese.

Noch einmal die Silberbergerei.

Von unserem Sonderkorrespondenten.

Röln, 4. Oktober.

Die Presse, die eine Möglichkeit der großen Koalition, wenn sie schon nicht vorhanden sein sollte, so doch konstruieren möchte, zeigt sich trotz der Auseinandersetzungen um Silberberg im Langenamen-Berein in Düsseldorf weiterhin optimistisch. So meint ein bekanntes rheinisches Parteiblatt, die Situation damit kennzeichnen zu können, daß Silberberg Herrn Reusch „mit leichter Ironie und Ueberlegenheit“ geantwortet habe, also im Gefühl einer sicheren Position. Das ist jedoch nicht richtig; die fast weinerliche Stimme Silberbergs in Düsseldorf war gar nicht geeignet, „Ironie und Ueberlegenheit“ auszudrücken. Der Beifall, den Silberberg fand, war wesentlich matter, als die so gut wie einmütige Zustimmung, die seinem hauptsächlichsten Gegenspieler, Friß Thyssen, zuteil wurde, der mit seiner Rede gegen Silberberg überhaupt zum erstenmal als Redner an die Öffentlichkeit trat. Ihm war das Auftreten gegen Silberberg also sehr wichtig, und für die Sozialdemokratie ist es nicht weniger wichtig, sich über den Sinn seines Auftretens klarzuwerden.

Thyssen und die Seinen möchten die von Silberberg gezeigte ichöne Geste gegenüber der Arbeiterschaft (an unser Herz, Brüder!) nicht missen, aber sie verschärfen noch den Vorbehalt Silberbergs für ein Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie: diese muß erst „reif“ werden. Und wenn Herr Dulsberg von dem „tollkühnen Streich“ Silberbergs sprach, so bezweckte dieser, innerhalb der Sozialdemokratie die verschiedenen Strömungen in stärkere Bewegung zu bringen, auf daß die Unternehmer erfahren, was sie zu erwarten haben. In diesem Zusammenhang ist die bekannte unbedingte Zustimmungserklärung Leipzigs für die große Koalition sicherlich ein erfreuliches Anzeichen für die Unternehmer gewesen. Es war sicher auch nicht ohne Bedeutung, wenn der Zentrumsabgeordnete Lammer, der auf der Düsseldorf-Tagung über Weltwirtschaftskonferenz und Enqueteausschuss referierte, sich in dem Sinne unter Beifall für große Koalition, und „die große Arbeitskoalition zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft“ erklärte, daß man die Geltung der Gewerkschaften unterstützen müsse, damit sie ihre Auffassung besser als bisher gegenüber der Parteipolitik der ihnen nahe- stehenden Parteien durchsetzen könnten.

Die Kölnische Zeitung, die den rheinisch-westfälischen Unternehmern ideell und räumlich nahesteht, versichert, daß diese „eine endliche, in weiter Ferne liegende Synthese zwischen bürgerlich-kapitalistischer und sozialistischer Welt“, ein „Zielpunkt“ haben; und wissen: „daß kapitalistisches Wirtschaftssystem und bürgerliche Gesellschaft nur dann erhalten und vor allem fortgebildet werden können, wenn auch dem vierten Stand in diesem Gebäude materieller Vorteile und gesellschaftlicher Werte mit vollem Bewußtsein und unter Preisgabe gewisser bürgerlicher Klassenwerte eingestimmt werden.“ Die Silberbergerei liegt auf dem Wege zu dem Ziel und ist ein Mittel, es zu erreichen: kapitalistisches Wirtschaftssystem und bürgerliche Gesellschaft zu erhalten.

Außerdem aber betont die Kölnische Zeitung: „Wir müssen das ganze Problem, das Dresden auswarf und Düsseldorf fortentwickelte, auf einem großen Hintergrund sehen: Deutsche Politik und Wirtschaft sind dabei, in internationale Kombinationen hineinzuwachsen. Genf, Eisenpaz und Weltwirtschaftskonferenz zeichnen ein neues Kräftebild... Am uns nun geschlossen in diesem Prozeß einzulesen, brauchen wir nach innen Frieden und Zusammenarbeit... Beides kommt aber neben politischen Wandlungen nur auf Grund einer Annäherung und Verständigung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zustande.“ Die doppelte Zweckbestimmung der Silberbergischen Annäherungspolitik kann nicht deutlicher demonstriert werden.

Zweifronten-Vereinschaft der Volkspartei.

Sogleich nach der Rede Silberbergs in Dresden hat der volksparteiliche Abgeordnete Zapp in der Täglichen Rundschau Stresemanns erklärt: „Die Politik Deutschlands kann nicht dadurch gemacht werden, daß der industrielle Unternehmer und die Arbeiterschaft über eine gemeinsame Richtung sich verständigen.“ Rehnlich schrieb Stresemann in einem Geleitwort zum Parteitag der Volkspartei:

„Es ist sicherlich nicht die Absicht des Reichverbandes der deutschen Industrie gewesen, sich irgendwelche parteipolitisch

zu betätigen, aber was in seiner Hauptversammlung ausgeführt wurde, ist von dem Gesichtspunkte des Verhältnisses des Unternehmertums zur Arbeiterschaft zu verstehen. Es würde die über- rogende Bedeutung des Reichverbandes schwächen, wenn er in die Tagespolitik einstimmen würde und sich um die Herbeiführung parlamentarischer Kombinationen nach irgendeiner Seite bemühte. Gegenüber den Ratschlägen von Nationalverbänden und Berufsorganisationen wird die Deutsche Volkspartei gut tun, sich die Selbstbestimmung zu wahren und sich vor Augen zu führen, daß ihre parteigeschichtliche Bedeutung darin besteht, die überparteiliche Zusammenfassung derjenigen Kräfte in Deutschland zu sein, die sich vom Staatsbewußtsein leiten lassen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann die Partei zu gegebener Zeit mit allen denjenigen zusammenwirken, die Gewähr einer innerlichen Zusammenarbeit und zusammenhängenden Mehrheit bieten.“

Das ist nicht eben unhöflich, aber doch eine Verwahrung, die nicht gut mißverstanden werden kann. In gleicher Weise hat Stresemann auch in seiner großen Parteitagrede die Wirtschaftsführer zurückgewiesen. Das wäre etwas schwer verständlich, wenn die Stimmung innerhalb der Volkspartei so richtig wiedergegeben wäre, wie sie die Kölnische Zeitung so charakteristischer ver- sucht. Diese teilte über die Sitzung des Zentralvorstandes, der Volkspartei mit, Farres habe dort „nicht den geringsten An- klang“ gefunden und „der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft der Rechten“ sei „damit endgültig abgetan“. So entschieden war die öffentliche Erklärung Stresemanns gegen die Deutschnationalen nicht, wenn auch die Volkspartei offenbar vorerst eine Ver- ständigung mit der Sozialdemokratie in Preußen sucht. Für die Stimmung der Volksparteier bezeichnend war ein Vorgang während des Parteitages. Stresemann widmete Hefferich, dem Deutschnationalen, und Ebert, dem Sozialdemokraten, Worte der Anerkennung. Die Versammlung unterstrich die Ehrung für Hefferich durch kräftigen Beifall. Über der Beifall, der nach den Gebeten für Ebert einsetzte, blieb nur ein schwacher Versuch.

Die Stellung der Volkspartei wird heute durch die Kölnische Zeitung in einem Parteitag-Nachwort folgendermaßen — und zweifellos richtig — gekennzeichnet. „Wenn tatsächlich, wie volksparteiliche Befürworter eines Zusammengehens glauben, die Den- kartei der Deutschnationalen sich gewandt hat, so haben diese es jedenfalls an einem überzeugenden Ausdruck dafür in der Öffentlichkeit fehlen lassen. Das nachzugesuchen, ist ihnen noch Gelegenheit gegeben.“ Die Deutsche Volkspartei wird wesentlich dazu beigetragen haben, daß durch eine harte Politik festgestellt wird, mit welcher Seite auf Dauer regiert werden kann. Ob es die Sozialdemokraten oder ob es die Deutschnationalen sein werden, wird sich danach entscheiden, in welcher diese Parteien zuerst und zuverlässig die gemäßigten Elemente die Führung in die Hand bekommen.“

Die Tagung der Wirtschaftsführer in Düsseldorf und der Partei- tag der Volkspartei in Köln schließen also mit der gleichen Spekulation auf die Rechtsentwicklung in der Sozial- demokratic. Sie beharren sich darin mit dem Wirken von Wirth, der vor wenigen Tagen verlinde:

Die Führer der Sozialdemokratie müßten ihren Mitbekennern der sozialistischen Weltanschauung mit einer viel größeren Rück- sichtslosigkeit als sie bisher es zu tun wagten, erklären, daß sie in der politischen Praxis mit festen politischen Tat- sachen, mit gegebenen politischen Machtverhältnissen, mit unweigerlichen Situationen und bestimmten Zeitum- ständen zu tun haben...

In der Führung der freien Gewerkschaften ist dieser realpolitische Sinn vorhanden. Leipzigs und Graßmanns Kom- mentare zu Silberbergs Rede zeigten das deutlich.

Auch die sächsischen Sozialisten und viele Jungsozialisten, aber auch viele praktisch tätige Parlamentarier des Sozialismus sehen den Unterschied zwischen Partei und Bewegung. Auf sie lege ich die Hoffnung, zu Verständigungen zu kommen.

Die sozialistische Arbeiterschaft soll bald Gelegenheit haben, zu beweisen, daß alle solche Spekulationen zughanden werden an ihrem Klassenkampfgeist und an ihrer Treue zum So- zialismus.

Stahlhelm-Freihelden.

SPD, Berlin, 5. Oktober. (Radio.)

Die Rede über die Augen- und Innenpolitik, die Dr. Strese- mann auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei hielt, hat das stärkste Mißfallen des Stahlhelms erregt. In Magdeburg hat eine Versammlung der Landesverbände- und Gau- führer eine Entschlieung angenommen, die sich aufs schärfste gegen Stresemanns Kölner Ausführungen wendet. „Der Minister Stresemann“, so heißt es darin, „hat niemals während des vierjährigen Krieges an der Front gestanden, und nur so ist es begreiflich, daß er die Ungeheuerlichkeit (!) behaupten konnte, daß Antimarkismus und Marxismus gemeinsam im Schlingengedanken das Vaterland behauptet hätten. Diese Ausführungen „wegen von Unkenntnis“, denn im Graben waren bekanntlich nur die Antimarkisten (!), während die Marxisten sich derweilen mit dem Dolchstoß beschäftigten.“ Und zum Schluß heißt es: „Wir nehmen als Bund der alten Frontsoldaten das Recht für uns in Anspruch, uns nur für diejenigen Parteien einzusetzen, die sich nach unserer verantwortlichen Prüfung für die Freiheit des deutschen Volkes im Sinne der Frontkämpfer be- tätigen.“ Schließlich wird „Belehrung von Nichtsol- daten über die Pflichten des alten Frontsoldaten“ mit aller Ent- schiedenheit abgelehnt.

Womit Herr Stresemann und seine Deutsche Volkspartei den nötigen Rückfall abhaben. Aber die nicht im Stahlhelm organisierten ehemaligen Frontkämpfer werden den Stahlhelmern sicher die Ant- wort nicht schuldig bleiben.

Ein mißglückter Rettungsversuch.

Sum Fasisteneinbruch in die deutsche Volkshaft.

Die III. verbreitet die folgende Mitteilung: „Der Vorwärts und ein Teil der sozialdemokratischen Provinzpresse hatten behauptet, daß der Bericht, den der deutsche Volkshafter in Rom über den im Jahre 1923 verübten Einbruch in der deutschen Volkshaft angefertigt habe, die italienische Regierung sowie die Person Mussolinis schwer kompromittiere. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß sich der damalige Ueberfall nicht auf die Erforschung von An- gelegenheiten bezogen habe, die die italienische Politik betrafen. Vielmehr sei versucht worden, den Chiffreschlüssel der Volkshaft in die Hand zu bekommen. In dem Bericht des deut- schen Volkshafter ist aber, wie ausdrücklich festgestellt wird, nicht der geringste Punkt für eine Kompromittierung der italieni- schen Regierung oder der Person Mussolinis enthalten.“

Aus der Meldung geht nicht hervor, welche „zuständige Stelle“ die T.M. zu dieser „Berichtigung“ ermächtigt hat, vermutlich ist sie aber im Auswärtigen Amt zu suchen. An sich ist es ja ver- ständlich, daß es dem deutschen Auswärtigen Amt peinlich ist, als Zeuge für die Diebstreiche Mussolinis ausgerufen zu werden. Es ist begreiflich, daß man in der Öffentlichkeit die für die Musso- liniregierung arg kompromittierenden Vorgänge zu bemänteln sucht. Aber uns erscheint die Ehrenrettung für Mussolini ziemlich un- gelöst. Wenn es die faschistischen Einbrecher tatsächlich nur auf den Chiffreschlüssel der deutschen Volkshaft abgesehen haben sollten — wer anders als die faschistische Regierung sollte denn ein Inter- esse an der Erlangung dieses Geheimnisses haben? Jedenfalls wird man durch solche Ehrenerklärungen von deutscher Seite nicht die fatale Tatsache aus der Welt schaffen können, daß man überall der Mussoliniregierung solche Schandthaten, wie sie in der Vor- wärts-Meldung behauptet wurden, zutraut. Deshalb ist die Ehrenrettungsaktion nichts anderes als eine Wogrenwäsche mit dem üblichen Erfolg: der Mohr bleibt schwarz.

Der Juwelenräuber.



„Cassette mir doch loofen, Herr Kriminal, die ganze nation- ale Presse wird's Ihnen danken, wenn Sie wenigstens den Erfolg vermasseln!“

Der Femeauschuß in München.

„Jugendlicher hat Beschuldigungen erhoben“.

(Von unserem Korrespondenten.)

München, den 3. Oktober.

A. W. Der Femeauschuß des Reichstages ist bei seinem mit blutiger Mehrheit gefassten Beschlusse, die weitere Vernehmung der zahllosen bayrischen Zeugen in München vorzunehmen, gebrochen und wird am 5. Oktober, nachmittags, im Gebäude des früheren bayerischen Verkehrsministeriums seine Arbeit nach dem Sommerferien wieder aufnehmen, nachdem der Berichterstatter Dr. Paul Levi seine Berichte erstattet hat.

Zunächst wird der deutschnationalistische Mitberichterstatter, Staatsanwalt Dr. Schäffer, bekannt durch seine Ehrenrettungsberichte für die bayrische Femejustiz, sein Korreferat erstatten, das natürlich in München und Bayern gleich die nötige Resonanz finden wird, die den bayrischen Femeübern, vor allem aber ihren Protektoren in den Regierungskreisen, ach, so bitter nottut.

Dies ist wohl auch der Grund, warum die „bayrische Volkstete“ in der Staatskanzlei des bayrischen Ministerpräsidenten Held nicht mehr gegen die „Feme des Reichstages“, wie sich die literarisch-nationalistische Propaganda ausdrückt, zum Kochen gebracht wird, wenn auch die partikularistischen Ripel ganz offen den Wunsch hegen, den „Leviathan“ von Berlin nach Beendigung des Oktoberfestes auf eine bayrische Kirchweih zu laden, bei dem die „Femeauschützer“ bayrische Sitten und Gebräuche kennenlernen könnten.

Die Drahtzieher der bayrischen Reaktionspolitik haben sich davon überzeugen müssen, daß die Untersuchung des Femeauschusses für sie in ein kritisches Stadium getreten ist, und darum halten sie es für ratsam, ihren ursprünglichen Widerstand gegen die Münchner Feme des Reichstages aufzugeben, um sich auf eine neue Taktik einzurichten, nämlich auf ein systematisches Zusammenspiel mit den ihnen nahestehenden Mitgliedern des Ausschusses, die erst in München richtig eingesetzt werden können. In München steht der Ausschluß unter dem Druck des reaktionären bayrischen Regierungsapparats, der von vornherein den Zeugen, wenigstens den Amtzeugen und den Femezeugen, vorschreibt, was sie auszusagen haben, um die Drahtzieher der bayrischen Reaktion vor einer europäischen Blamage zu bewahren und den Glauben der Öffentlichkeit an die Berichte Levis zu erschüttern.

Es kann gar kein Zweifel sein: In München wird die Arbeit der Femeauschützer, denen es wirklich um Aufklärung zu tun ist, eine viel schwerere sein als in Berlin, wo sie eine viel günstigere Resonanz hätten.

Alle Vorbereitungen zur Sabotage des Femeauschusses von innen und außen sind getroffen: Keine bayrischen Akten dürfen ohne die Erlaubnis — Gürtner an den Ausschluß abgegeben werden, keine bayrische Amtsperson darf ohne Genehmigung der bayrischen Regierung vor dem Ausschluß ausreisen.

Die oppositionelle Presse sollte durch das Urteil im Hagemeisterprozess eingeschüchert werden. Gericht und Staatsanwalt stimmen darin überein, daß der angeklagte sozialdemokratische Journalist Winter deswegen verurteilt werden müsse, weil er aus politischen Gründen die bayrische Justiz angegriffen habe.

Auch sonst geht hinter den Kulissen allerlei vor: Der Räterepublikaner Guido Kopp, der wegen seiner führenden Tätigkeit in Rosenheim zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt und trotz Herz- und Linderkrankheit bis heute nicht entlassen wurde, war eine Zeitlang mit dem Femeübern Zwangsgewalt im Spital zusammen und hat von Zwangsernährungsmitteleitungen bekommen, die er dem Femeauschuß bekanntgeben will. Zu diesem Zwecke wollte er eine entsprechende Eingabe machen. Die Folge war, daß der Zucker- und Herzkranke sofort aus der Krankenabteilung entfernt und aus hospitalären Gründen in Einzelhaft gesteckt wurde. Die Matratzen seines Bettes wurden herausgerissen und peinlich durchsucht, sein ganzes schriftliches Material durchsinnig und vernichtet.

Ein anderer Fall: Um die Aktenbearbeitung des Mitberichterstatters Dr. Schäffer zu erschweren, versuchte die Münchner Polizei, angebliches „Material“ gegen Wittkammer in die kommunistische Neue Zeitung zu schmuggeln, die man triumphierend als Kronzeugen angeführt hätte. Ueber die Einzelheiten dieses Versuches wird noch zu reden sein.

Mit welchem Gefühl marxistischer Ueberlegenheit und moralischer Geringschätzung die Feststellungen Levis von der bayrischen Regierung, die sich im Bewußtsein ihrer Unterstützung durch die Hindenburg-Reaktion im Reich sicher fühlte, behandelt werden, zeigt ein Vorfall in der Sitzung des Ausschusses im bayrischen Landtag am 30. September. Die kommunistische Abgeordnete Achenbrenner verlangte den Rücktritt Gürtners von seinem Amte, damit der Untersuchung freier Lauf gelassen werde. Wenn Gürtner nicht freiwillig zurücktritt, müsse der Landtag einverleiben und seine Suspendierung erzwingen werden.

Dieses vom Standpunkte der parlamentarischen Demokratie selbstverständliche Verlangen wies der Ministerpräsident Dr. Held mit der zynischen Bemerkung zurück: Zunächst habe „jedenfalls eine Beschuldigung erhoben“, weiter nichts. Erstaunlich war, daß dieser dreiste Versuch einer Verächtlichmachung des Berichterstatters im Femeauschuß von keiner Seite sofort gebührend zurückgewiesen wurde. Es wird zwar viel von einer Union der deutschen Republikaner geredet, aber das mangelnde Verständnis für die immense politische Bedeutung des Feldzuges gegen die bayrische Feme, die ja nur ein Instrument der bayrischen Reaktion war, beweist, daß wir deutschen Republikaner immer noch Diensthunden der Politik sind; sonst hätten wir längst begriffen, daß die Möglichkeit einer Zurückdrängung der Reaktion im Reich zunächst davon abhängt, ob es gelingt, durch den Femeauschuß des Reichstages ihren bayrischen Hauptverbänden einen vernichtenden Schlag zu versetzen.

Mit Rhodus, hic salta! Hier ist Rhodus, hier tanze!

Neue Vorstöße der Anti-Stalinfront.

Rußland vor der „zweiten Revolution“?

SPD. Berlin, 5. Oktober. (Radio.)

Die Moskauer Telegraphenunion sendet folgende Meldung in die Welt hinaus: „Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Rabat, Bjalakow, Smilga und Sapranow begaben sich trotz der Beschlüsse der kommunistischen Partei über die Unzulässigkeit von Diskussionen über die Partei in die Moskauer Fabrik Abio Prigor, um dort eine Diskussion einzuleiten. Die kommunistischen Arbeiter dieser Fabrik bezeichneten dies als eine fraktionelle Handlungsmethode der Opposition und nahmen eine Entschließung an, die das Auftreten der Oppositionsführer verurteilte. Das Moskauer Komitee forderte das Zentralkomitee auf, gegen die Mitglieder des Zentralkomitees, die die Parteibeschlüsse verletzen, Maßnahmen zu treffen.“

Es hat den Anschein, als ob mit dieser Meldung ein Aufruf zu der zuerst für den 16. Oktober einberufenen und dann auf den 25. Oktober verlegten Konferenz der kommunistischen Partei Rußlands angeknüpft wird. Das Zentralkomitee der russischen Partei soll in einer Sitzung gegenüber der Tätigkeit, die die Opposition neuerdings wieder entfaltet, besondere Beschlüsse gefaßt haben, deren Inhalt allerdings noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ganz allgemein wird in Moskau mit einem neuen Parteiprojekt gegen die namhaftesten Führer der Opposition innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands gerechnet. Dieser neue Reinigungsprozess wird sich diesmal nicht gegen den Kreis um Sinowjew richten, sondern gegen die Führung der gesamten Opposition, einschließlich Trozki.

Als nach dem 14. Parteitag in Moskau die Petersburger Opposition kaltgestellt worden war, wagte es keiner der oppositionellen Führer, in Versammlungen den Leuten der Stalin-Zentrale ent-

Die Geheimnisse der S.-R.

Blicke hinter die Kulissen.

SPD. Das unter Ausschluß der Öffentlichkeit und Schweigegelobt verurteilte Schwurgerichtsurteil in der Feme-mordfrage Pannier ist zunächst durch den preussischen Untersuchungsausschuß der Öffentlichkeit teilweise bekannt geworden. Aus dem von dem Berichterstatter verlesenen Abschnitt verdienen zwei bisher wenig beachtete Sätze einige Aufmerksamkeit:

„Die Arbeitsschmotten setzten sich aus scharf rechts gerichteten Leuten zusammen. Es ist möglich, daß diese Leute den preussischen Innenminister als ihren Gegner ansahen und ihm mißtrauten.“

Hiermit ist gerichtlich festgestellt und erwiesen, daß die Arbeitsschmotten, die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ nichts anderes darstellen als die Bewaffnung der rechtsradikalen Verbände. Tatsächlich geben auch die einzelnen Angehörigen des S.-R. Bataillons von Senden, soweit sie in den Akten Pannier vorkommen, an, ausnahmslos als Verbandsangehörige an Organisationen wie: „Conful“, „Wiking“, „Rohbach“, „Nationalverband deutscher Soldaten“, „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ usw. Die allgemeine Feststellung des Urteils wird durch jeden Einzelfall bestätigt! Wir stehen also vor der ungeheuerlichen Tatsache,

daß in der besonders gefährlichen Unruhezeit des Jahres 1923, als die Gefahr eines Umsturzes besonders drohend war, mit Wissen und geheimem Einverständnis führender Reichswehrstellen ausgerechnet Angehörige der Organisationen, die den Umsturz der bestehenden Staatsordnung programmatisch erzielten, mit behördlicher Hilfe zu bewaffneten Verbänden zusammengeschlossen wurden.

Einstweilen sucht die Reichsregierung noch krampfhaft unter Verungung auf die außenpolitische Situation wenigstens ein Zipselchen des Vorhangs über das Bild zu halten, von dem immer größere Partien deutlicher werden. Aber die Verungung auf die schwebenden deutsch-französischen Verhandlungen ist eitel Spiegelscherei. Die französische Regierung kennt die Zusammenhänge genauer als irgendein deutscher Staatsbürger, ja selbst als irgendein deutscher Abgeordneter. — (Mit Ausnahme derjenigen Büllischen und Deutschnationalen, die selber bei der Sache mitgemischt haben). In Wirklichkeit wird niemand in Unkenntnis gelassen als das deutsche Volk selber. Das ist im Jahre 1923, immer noch nicht erlahmen soll, mit welcher beispiellosen Verantwortungslosigkeit im Jahre 1923 behördliche Stellen den Rührer Pannier, anstatt ihm zu verhüten, großzügig haben.

Es ist sehr dankenswert, daß das Pannier-Urteil nicht nur an der Äußerung, sondern auch an anderen Stellen ausdrücklich spricht, daß die Arbeitsschmotten im preussischen Innenminister Seeringer ihren schärfsten Gegner erblickten, weil dieser ihr Treiben überwachete. Damit erkennt das Urteil indirekt an, daß die Zerstückelung der Putschpläne und die rasche Unterdrückung des von den Loslos gewordenen Führern unternommenen Putschversuches ein besonderes Verdienst des preussischen Innenministers Seeringer ist.

Dagegen ist die Rolle des Reichswehrministeriums rein negativ „verdienstlos“. Unter dem Druck der diversen Regierungstellen hält der preussische Femeauschuß zur Zeit noch das entscheidende Material geheim. Aber schon das, was er aus den Akten Pannier und aus den Aussagen des O.-Mannes Karl Schmidt, Führer eines Kommandos J. B. bei der „Schwarzen Reichswehr“, bisher veröffentlicht hat, genügt vollkommen, um jeden Verleugung des Reichswehrministeriums, daß von der Verantwortung für die „Schwarze Reichswehr“ und für die Feme-morde zu entlasten, blühend zu widerlegen. So würde A. R. aus den Akten vorgetragen, daß den Führern der S.-R. in Döberitz, Oberleutnant v. Senden und Hauptmann Gütnecht, bei ihrer Verhaftung je ein Truppenausweis, jeht bei den Akten befindlich, abgenommen wurde. Welchen Stempel und Unterschrift sich darauf befindet, ist noch nicht bekannt. Aber bekannt ist die Wirkung eines solchen Truppenausweises: der ermordete Pannier war kurze Zeit vor seiner Ermordung von seiner Truppe entlassen. Ihn zu verhaften und zurückzubringen wurde der Feldwebel Schimann — nicht etwa von der Reichswehr, sondern von der „Schwarzen Reichswehr“, ausgeschickt. Auf der Straße rief Pannier, der kein Schuß vor sich sah, sich los und wandte sich hilfesuchend an einen Schuttpolizisten. Schimann jedoch zeigte seinen Truppenausweis, auf den ihn ihm Pannier von dem Polizisten begeben wurde. Auf der Polizeiwache aber (Polizeirevier 103), in der Pannier gebracht wurde, findet sich im Meldebuch über den Vorfall eine Notiz mit der Ueberschrift: „Unmündiger Reichswehrsoldat.“

Der O.-Mann Karl Schmidt, der an den gefährlichsten und verabscheuten Taten und Plänen der „Schwarzen Reichswehr“ teilgenommen hat und jetzt Schritt für Schritt das Dunkel um diese Dinge aufhebt, hat dem Ausschluß für sein Vorgehen folgendes Motto genannt:

„Ich würde es, daß für die Wirksamkeit die untergeordneten, ausführenden Organe in den Zustuhäusern liegen, während die wirklich Verantwortlichen jeht die Werkzeuge verlegen, sich selber aber vor jeder Verantwortung drücken.“

Er Schmidt, betrachte es als seine Aufgabe, die wirklich Verantwortlichen feststellen zu helfen, damit seine Kameraden, die lediglich Befehle von oben gehorcht hätten, von dem Vorwurf der Haupt- und Missethäter in den Feme-morden entlastet würden.

Man mag dieses Motiv anerkennen oder nicht — der Gedankengang ist jedenfalls richtig und wird gerade auch durch die Akten Pannier erwiesen. Der Berichterstatter hat aus den Akten in der Feme-mordfrage Aussagen — ausschließlich rechtsradikaler S.-R.-Männer — verlesen, die es für ganz ausgeschlossen erklären, daß die wegen Mordes verurteilten Feldwebel und Schützen Stein, Schirmann, Schmidt und Achenbrenner den Mord begangen hätten, wenn sie nicht Befehl von oben erhalten hätten. Ebenso erklären diese Männer auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse bei der S.-R. es für ausgeschlossen, daß der wegen Aufstiftung zum Tode verurteilte Leutnant Benn von sich aus etwa den Mord angeordnet hätte. Er habe nur die Befehle der höheren Vorgesetzten ausgeführt. Benn selber freilich hat sein vorheriges Wissen vom Mord geleugnet. Damit entfällt für ihn auch die Möglichkeit, seinerseits die Verleugung preiszugeben, die ihn angeklagt haben. So ist denn bei Benn die Kette der Anstifter unterbrochen, das Gericht hat die Bataillonsführer v. Senden und Gütnecht freigesprochen, weil Tatsachen für eine von ihnen begangene Aufstiftung nicht vorliegen.

Aber eins steht dennoch aus den Akten fest: Die vorgelegten Offiziere geben selber zu, nichtträglich von der Ermordung Panniers Kenntnis erhalten zu haben. Trotzdem hat keiner von ihnen Anzeige erstattet, keiner Tatbericht eingefordert. Die Offiziere gestehen, das a b s o l u t u n t e r l a s s e n zu haben, um die „Schwarze Reichswehr“ zu bedecken. Für diese ungeheuerlichen Zustände tragen die Stellen die Verantwortung, die der S.-R. monatlang ihre geheime Existenz ermöglichte und ihr selber die Verpflichtung auferlegte haben, mit allen Mitteln ihre Geheimhaltung zu sichern. Auf diese Stellen fällt damit auch die volle moralische Verantwortung für die Feme-morde; denn diese wurden ja fast ausnahmslos begangen, weil man in den Kreisen der S.-R. nicht wußte, wie man sich sonst gegen „Verräter“ sichern konnte.

Für uns in Sachsen hat diese Darstellung des parteiamtlichen Sozialdemokratischen Presbenediktens noch ein besonderes Interesse. Wir unterschätzen keineswegs die Verdienste, die sich der preussische Innenminister, Genosse Seeringer, um die Durchkreuzung der Putschpläne der S.-R. erworben hat. Wir müssen aber hervorheben, daß auch die damalige sächsische Regierung, besonders an ihrer Spitze ihr Ministerpräsident Zeigener, mit allem Nachdruck auf das Treiben der Schwarzen Reichswehr und auf deren geheimnisvollen Verbindungen mit Reichswehrstellen hingewiesen hat. Die Methoden, die von den beiden Ministern angewandt wurden, waren naturgemäß verschieden. Genosse Seeringer, in dessen Amtsreich sich der Aufmarsch der Putschisten vollzog, suchte mit den Nachmitteln, die ihm als preussischen Innenminister zur Verfügung standen, den Putschisten bezuhalten. Die sächsische „Sowjetregierung“, die genau so wie Seeringer, die drohende Gefahr für die Republik erkannte, nahm den Kampf gegen die S.-R.-Putschisten und ihre Hintermänner auf, in dem sie die Öffentlichkeit unterrichtete und die Republikaner auf das hochverräterische Treiben aufmerksam machte. Der Erfolg war, daß man die sächsische Regierung, in erster Linie Zeigener, des Landesverrats beschuldigte und die Reichsregierung gegen „Sowjet-Sachsen“ einleitete, die Geheime Reichswehr in Gemeinschaft mit der Schwarzen Reichswehr in der bekanntesten brutalen Weise durchführte.

Das Bürgertum Sachsens und die sächsischen Wirtschaftskreise, die zu jener Zeit noch nicht vom heutigen Silberberg-Geist und dem Fiskalischen Halbun-Opportunismus angekränkt waren, die vielmehr damals ihr Heil noch von Cuno und Schlageter erwarteten, setzten alle Hebel in Bewegung, um mit Hilfe der Reichswehr Sachsen von der „bolschewistischen“ Regierung zu befreien. Sie haben damals — wie heute der SPD. sagt — die bewaffneten rechtsradikalsten, republikfeindlichen Putschisten nach Sachsen geholt, um die verfassungsmäßige sächsische Regierung gewaltsam zu vertreiben und die Müller-Heinze-Diktatur in Sachsen zu errichten. Diese bürgerlichen Kreise, die sich heute als „Staatsverrat“ bezeichnen, haben 1923 die bewaffneten Todfeinde der Republik nach Sachsen geholt, um hier „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Wenn damals die republikfeindlichen „Sieger“ über die verfassungsmäßige und republikanische sächsische Regierung ihren Erfolg nicht in Verbindung mit den von Bayern her vordringenden Ehrhardt-Banden zu einem konzentrierten Vorstoß gegen die deutsche Republik benutzt haben, so ist das sicher kein Verdienst jener verantwortlichen Stellen, die die Reichsregierung gegen Sachsen veranlaßt haben.

Jetzt, vor den sächsischen Landtagswahlen, empfehlen sich die bürgerlichen Politiker Sachsens als die Helden, die mit der Strafexpedition der Geheimeisen und der Schwarzen Reichswehr 1923 Sachsen und schließlich auch Deutschland vor dem „Bolschewismus“ gerettet haben wollen. Die Tatsachen, die jetzt von den Untersuchungsausschüssen und den Gerichten unwiderleglich festgestellt worden sind, zeigen, von welcher Seite damals in Wirklichkeit die deutsche Republik lebensgefährlich bedroht war. Danach mögen die sächsischen Wähler beurteilen, wenn dieselben Kreise ihnen jetzt wieder mit der „Gefahr eines neuen „Sowjet-Sachsens““ graulich machen wollen.

Wir stellen mit Genugtuung fest: Die so arg verlästerte und so viel beschimpfte sozialistische sächsische Regierung hat sich leinertzig ein großes Verdienst nicht nur um Sachsen, sondern um die deutsche Republik erworben, als sie mit allen Kräften gegen die ständischen Zustände im Reich ankämpfte, die heute gerichtlich notorisch feststehen.

drückt würden. Die Rede Gwans schloß mit dem Aufruf an die russischen Proletariatsmassen, „den verzehnten Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen und damit die zweite Revolution vorzubereiten“.

Das wäre also die Revolution von Kommunisten gegen Kommunisten, aber ein wahrscheinlich nur matter Abklatsch des 9. Thermidor von 1794.

Spanien und der Völkerbund.

M. Madrid, 5. Oktober.

Die spanische Regierung hat sich bereit erklärt, trotz Spaniens Austrittserklärung aus dem Völkerbund, auch weiterhin in allen technischen Kommissionen und besonders im internationalen Arbeitsamt mitzuarbeiten.

Wenn die Diktatorenherlichkeit zu Ende ist . . . Wie Chicago Tribune aus Athen meldet, fordern die Zollbehörden von der Frau des abgesetzten Diktators Pangalos die Zahlung einer Steuer von 900000 Drachmen für Seidenwaren, die sie unverzollt nach Griechenland eingeführt hat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Johannes Kregen in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seppand in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Leistungsfähigkeit jedes Menschen beruht auf gesunden Nerven, Blut und Körperkraft, die besten Erfolge werden erzielt durch das erprobte Rein-Leithin Nervopalat: postes Geschenk für jedermann. Allein echt König-Salomo Apotheke (Ecke Nikolai-straße). Postversand nach 17 auswärts. Grimmische Straße

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der unter dem 16. Dezember 1924 vom unterzeichneten Polizeipräsidenten unter Aktennummer 12651 für Kraftwagen mit Verbrennungsmaschine Klasse II auf den Namen **Otto Kofslau** ausgestellt Führerschein, sowie die über einen **Apollo-Kraftwagen** mit dem Kennzeichen III - 14206 und die über ein **Alba-Kretrad** mit dem Kennzeichen III - 21303 ebenfalls vom unterzeichneten Polizeipräsidenten ausgestellten zwei **Zulassungsbescheinigungen** auf den Namen **Otto Kofslau**, Leipzig-Blagwitz, Raumburger Straße 39, sind als abhandeln gekommen gemeldet worden. Zur Verhütung von Mißbrauch werden der Führerschein und die beiden Zulassungsbescheinigungen hierdurch für gültig erklärt.

Kz. III 14206, V. R. III 3271, Kz. III 21303
Leipzig, den 4. Oktober 1926.

Das Polizeipräsidenten-Verkehrsamt.

Das Wasser der Baische und des Hochgrabens zwischen dem Zwenfauer Wehr und Gausch wird von Sonnabend, den 9. Okt., abends 6 Uhr bis Mittwoch, den 13. Okt., abends 6 Uhr abgelassen.

Die Besitzer der anliegenden Ufergrundstücke werden hiermit mit der Aufforderung in Kenntnis gesetzt, die sich bietende günstige Gelegenheit zur Ausbesserung der an ihren Grundstücken etwa vorhandenen Uferbeschädigungen zu benutzen.

Gleichzeitig werden sie aufgefordert, die Ufer von dem dem Wasserabfluß hindernden Buschwerk um zu räumen und dafür besorgt zu sein, daß die im Hochgrabens sich etwa vorfindenden Tierleichen sofort entfernt und vergraben werden.

Den Fischereiberechtigten wird empfohlen, ihre Fischereiretzen bei Beginn des Wasserabflusses abzufischen.

Leipzig, am 4. Oktober 1926.

Die Amtshauptmannschaft.

Groißh. Zur Zeit werden die Listen für die steuerliche Veranlagungs- und Betriebsaufnahme 1926 ausgetragen. Sie sind vorchriftsmäßig ausgefüllt, unter Einhaltung der ausgedruckten Anweisung zur Ausfüllung

bis 20. Oktober 1926 auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 1, wieder einzureichen. Annahme nur Mittags 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Stadtrat Groißh., am 4. Oktober 1926.

Groißh. Soweit die innerhalb zwei Wochen nach Zustellung der Kirchensteuerzettel fällige gewerliche Kirchensteuer für 1926 noch nicht entrichtet ist, wird in den nächsten Tagen das Wahn- und Vollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Zur Vermeidung von Kosten und Beteiligungen sind rückständige Beträge bis zum 11. Oktober noch einzusahlen.

Groißh., am 4. Oktober 1926.

Der Stadtrat.

Groißh. Die am 15. Oktober 1926 fällige Rate der Vorauszahlung auf Grundsteuer ist alsbald bei der Stadtsteuereinnahme einzusahlen.

Für die nach dem 22. Oktober 1926 eingehenden Beträge müssen sonst außerdem die gesetzlichen Veranschlagungen eingehoben werden.

Stadtrat Groißh., am 4. Oktober 1926.

Pelz-Besatzfelle

zu besonders billigen Preisen
Seal-Elchfell 5.—
Biberette, große Felle 4.—
Bleue-Kanin 4.—
Feh-Kanin 5.—
Bleue-Kanin-Rücken 1.50
Dalen, gef. 3.—
Amerik. Doppelum 8.—
und viele andere mehr!
Je drei Felle reichen für eine Garnitur.
Schmerling, Brühl 33

Dixin
Henkel's
Seifenpulver

Wer es kennt
gebraucht es gern!

Famillennachrichten.

Nach langem schwerem Leiden verschied am Sonntag, früh 1/2 5 Uhr, im 52. Lebensjahre unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Emma verw. Müller geb. Beyer

Leipzig-Lindenau, den 3. Oktober 1926
Henricstraße 29, parterre.

In tiefer Trauer

Rudolf Müller
Familie **Wilhelm Müller**
Familie **Hans Müller.**

Die Einäscherung findet Mittwoch, 6. Oktober, vormittags 1/2 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, verschied am Sonnabendabend im Alter von 26 Jahren unser lieber guter Sohn, Bruder und Bräutigam

Artur Bergmann

Leipzig-Stötteritz, den 3. Oktober 1926
Colmatstraße 5.

In tiefstem Schmerze
Familie **Karl Bergmann**
Rosel Wagner.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 6. Oktober, mittags 1 Uhr, von der Halle des Südfriedhofs aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann

Franz Robert Freische

am 4. Oktober 1926 früh nach schwerem Leiden verstorben ist.

Leipzig-Stötteritz, Lange Reihe 50

Agathe verw. Freische
und Sohn.

Einäscherung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im Südfriedhof (Aematorium).

Nach kurzem schwerem Leiden verschied Montagfrüh mein lieber herzenguter Mann, unser Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Kurt Müller

im Alter von 38 Jahren.

L.-Möckern, Thielestraße 14, II. 1.

In tiefstem Herzeleid

Elsa Müller geb. Dietze
und sämtliche Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 7. Oktober 1926, nachm. 1/2 3 Uhr auf dem Südfriedhof statt. Blumenspenden dankend abgelehnt

Meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

FRANZISKA WUERFEL

geb. Kaps

erlöste ein sanfter Tod nach langem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre.

Leipzig-Anger, Bernhardstraße 18

HEINRICH WUERFEL

im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 1/2 4 Uhr, auf dem Trinitätsfriedhofe statt.

Montag früh 1/2 3 Uhr verschied mein geliebter Mann und Vater

Willy Wolfermann

im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre

In tiefer Trauer

Bertha Wolfermann geb. Merkel
Rudolf Wolfermann

Leipzig, den 4. X. 1926.

im Namen sämtlicher Angehörigen

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 7. Oktober, 1/2 3 Uhr, von der Halle des Südfriedhofs aus statt. Blumenspenden bitte bei der Beerdigungsanstalt „Zum Frieden“, Markthallenstraße 16, abzugeben.

**Genossenschaftlerinnen!
Wozu Sondertage?**

Bei uns kaufen Sie

alle Dinge vorteilhaft!



PORZELLAN

Speise-Service weiß mit Gold, 25teilig . . . 19.50

Kaffee-Service weiß mit Gold, 9teilig . . . 3.75

Kompotts weiß, Satz 95 2 Tassen weiß m. Gold 35 2 25 2

STEINGUT

Teller tief u. flach . . . 10 Stück 95 2

Abendbrot-Teller, weiß, 19 cm 8 2

Abendbrot-Teller, ger., 19 cm 10 2

Schüsseln Satz 2-7 95 2

Schüsseln Satz 3-8 75 2

Kompotts 12 cm 8 Stück 15 2

GLAS

Kuchenteller 28 cm 75 2

Fruchtschalen 2teilig 95 2

Jardiniere 95 2

Butter- u. Käseglocke zus. 95 2

Rahm-Service kompl. 95 2

Kompotts Satz, 7teilig 95 2

Kompotts mit Teller, 7teilig, Satz 95 2

Schüsseln Satz, 4teilig 95 2

Schüsseln 21 cm 8 Stück 48 2

Kompotts 10 cm 8 Stück 8 2

Teller 14 cm 8 Stück 8 2

Vasen 28 cm 8 Stück 95 2

Vasen 21 cm 8 Stück 48 2

Vasen 14 cm 8 Stück 25 2

Tablets Holz, 28 x 42 cm . . . 95 2

Emaillie-Eimer . . . Stück 95 2

Außerdem finden Sie in unseren Warenhäusern außerdem preiswert alle anderen

Wirtschafts-Artikel

Konsum-Berein L. Blagwitz



Vertreter für den Bezirk Leipzig:
Hans Hempel, Leipzig, Brandvorwerkstr. 33. Fernruf 339 19.

Möbel

Große Auswahl!
Preiswert und gut.
Möbelfabrik

F. K. Weise

L. Proßheide
Ruffenstraße 17/18
Strahlenbahn 15
Salzstraße 6a/hof.

Geschäftsübernahme.

Hiermit zeige ich meinen verehrten Gästen an, daß ich mein **Restaurant Stadt Schwarzenberg**

L. Lindenau, Ecke Merleburger und Aurelienstraße mit dem heutigen Tage an Herrn **Joseph Crott** übergebe. Indem ich für das mir entgegengebrachte Wohlwollen bestens danke, bitte ich, daselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Wilhelm Malchow.
Unter Bezugnahme auf obiges gebe ich bekannt, daß ich den Restaurationsbetrieb in der bisherigen Weise weiterführe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, allen Wünschen gerecht zu werden und nur das Beste aus Küche und Keller zu bieten. **Donnerstag und Freitag Schließtag,** wozu ergebenst einladen **Joseph Crott u. Frau.**

Gewerkschaftl. Anzeigen

Gewerkschafts-Kartell Leipzig
Wolfshaus, Seiber Straße 32, Fernruf 34021

Kartell-Delegierte Donnerstag, den 7. Oktober, abends 1/2 8 Uhr: **Versammlung im Kartell-saal, Tagesordnung:** 1. Wahl des Sekretärs. 2. Berichte. 3. Die Zusammenkünfte des Bildungsausschusses. **Gewerkschaftskartell Leipzig.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung
Leipzig Tel. 34021 u. 34011. Geschäftss. vorm. 9-12 Uhr, nachm. 1/2 5-1/2 7 Uhr, Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Große Ortsverwaltung findet diese Woche nicht statt.



Der erste Gedanke

... des Morgens sollte Ihrer Gesundheit gelten.

Stuvkamp-Salz

macht froh u. heiter, beseitigt überflüssiges Fett, reinigt das Blut, schafft Energie und Tatkraft, regelt die Verdauung, bewirkt gute Funktion der inneren Organe für 3 Pfennige pro Tag.

Originalpackungen zu Mk. 3.— und Mk. 2.— überall erhältlich

Stuvkamp-Salz ist zu haben in **sämtlichen Apotheken u. Drogerien.** Spezialdepots:

- Zentrum: Engel-Apotheke, Markt 12;
- Adler-Apotheke, Halnstr. 9; Könia-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße; Albert-Apotheke, Emilienstraße 1; Germania-Apotheke, Promenadenstraße 9; Saxonia-Apotheke, Südstraße 121; Drogerie Oswald Thebus, Ranstädter Steinweg 13; Wald-Drogerie, Waldstraße 23; Humboldt-Drogerie, Pfaltendorfer Straße; Drogerie A. Niedlich, Burgstraße 10; **Lindenau:** Flora-Apotheke, Mersburger Straße 92; **Neustadt:** St. Georg-Apotheke, Eisenbahnstraße 33; **Stötteritz:** Bahnhof-Apotheke, Schönbachstraße; Victoria-Apotheke, Ferdinand-Jost-Straße; **Schleußig:** Rosen-Apotheke, Könnertitzstraße 49; Drogeriehandlung Otto Strobel, Könnertitzstr. 71; **Kleinzschocher:** Drogerie A. Paulson, Witzandstraße 2 — **Drogerie Briol, Bayersche Straße 17.**

Generalvertretung: **Phönix-Generalvertretungen.** Inh. H. E. Burchard & W. Svason, Leipzig, König-Johann-Straße 5. Tel. 25065.

Kultur- oder Machtfaktor. Eine Rundfunkbetrachtung.

Eigenartig, daß die Rundfunk-Gesellschaften so wenig Wert auf geschickte Ausgestaltung des Rundfunks legen. Man sollte meinen, daß die Direktoren der Rundfunk-Gesellschaften, die sich im übrigen als tüchtige Geschäftsleute erweisen, Ideen haben sollten, die einer guten Ausgestaltung des Rundfunk-Programms dienen könnten.

Die Programm-Gestalter führen gegenüber Beschwerden immer wieder an, daß die Notwendigkeit, 'jedem Geschmack gerecht zu werden' Quelle alles Übels sei. Und statt abzuweichen, geben sie nach. Ueberfüllten jeden Geschmack, stumpfen das Empfangsvermögen ab, und langweilen ihre Hörer. Wie lange kann man Liebesgedichte lesen? Bis sie uns über werden. Wir greifen erst dann wieder zu ihnen, wenn ein neuer Ton ein neuer Rhythmus uns erneut Interesse ablocken kann. Vor allem, wenn sie sensationell gestaltet sind.

Das ist es: die Sensation erzeugt Aktivität, aktive Anteilnahme. Durch Sensation kann man interessieren. Sie kann auch beim Rundfunk helfen die Hörer zu fesseln. Aufsehen kann der Rundfunk durch die Form oder den Inhalt seiner Darbietungen erregen. Die sensationelle Gestaltung des Ausdrucks, der Sprache, gehören in das Gebiet der Kunst. Interesse für den Inhalt erwecken Berichte, die sich mit den Ereignissen des Tages, mit Tagesfragen befassen. Die Form der Mitteilung ist natürlich keineswegs unwichtig. Aber auch nicht ausschlaggebend. Wichtig ist: es müssen Dinge behandelt werden, die einen großen Teil der Hörer beschäftigen, Fragen, die einen großen Kreis von Menschen interessieren. Besser noch, alle interessieren. Was aber ist mehr dazu geeignet, als die Politik? Unter Politik begreift man die Regelung der Beziehungen zwischen den Menschen in der Gemeinschaft, im Staate, darüber hinaus: zwischen den Staaten selbst, diesen Organisationen von menschlichen Gemeinschaften. Diese Regelungen gehen jeden einzelnen an, berühren jeden, obwohl es Menschen gibt, die sich nicht darum kümmern. Diese stellen die Massen der Sportbegeisterten. Schließlich gibt es noch eine verbreitete Massenmanie, außer dem Kammerismus, die Tanzwut.

Von Anfang an ist der Rundfunk den Wünschen der letzten Kategorie am stärksten entgegengekommen: durch Tanzmusik. Die Freude des Sports mußten sich zunächst mit trockenen Berichten aufreihend. Erst im letzten Jahre ging man dazu über, den Verlauf eines Sportkampfes, während des Kampfes durchs Radio zu schildern. Nur der politisch Interessierte mußte sich bescheiden. Der deutsche Rundfunk war für unpolitisch erklärt worden. Deswegen wurden die Nachrichten vom Tage das Langweiligste, in dem sowieso nicht aufreißendem Programm: Papa richtet seine Uhr nach der 'Genauen Zeit' und Mama ihren Wäschtag nach den 'Wetternachrichten'. Wer hört auf die reißenden 'Presse-Nachrichten'? So sah der aktuelle, unpolitische Rundfunk aus. Aber der Rundfunk wollte gar nicht interessant sein. Er wollte erzieherisch auf das deutsche Volk wirken. Er wollte 'Kulturfaktor' werden. Und verstand darunter eine rein künstlerische und wissenschaftliche Ausgestaltung des Programms. Man gab vor, auf diese Weise die Neutralität zu wahren.

Wir wissen aber, daß auch künstlerisch eine einseitige Stellungnahme möglich ist. Wir haben es im Rundfunk erfahren, daß eine solche Einseitigkeit eminent politisch sein kann. Denn die Kunst ist keineswegs etwas vom Allgemein-menschlichen Losgerissenes. Sie wächst aus den Menschen und gerade aus der menschlichen Gemeinschaft, aus dem Leben der Gemeinschaft, deren Regelung sich eben im Rahmen der Politik vollzieht. Und der schaffende Künstler selbst wohnt nicht irgendwo in blauen Fernen. Er steht unter den Menschen, aus deren Leben er Stoff gewinnt für seine Werke. Diese Menschen sind aber kein einzig Volk von Brüdern, sondern geteilt und gespalten. Vor allem geteilt in Klassen. Zu einer der Klassen gehört jeder Mensch, auch jeder Künstler. Seine Kunst muß der Klasse entsprechen, der er angehört, und gegen die andere Klasse gerichtet sein. Denn zwischen den Klassen herrscht ein unerbittlicher Kampf, der Klassenkampf. Der aber ist politisch, kann da Kunst politisch neutral sein? — Von der angeblichen Freiheit, der Neutralität der herrschenden Wissenschaft braucht man wohl kaum zu sprechen. Die Abhängigkeit der Wissenschaft von der herrschenden Klasse ist gerade in der letzten Zeit zu offensichtlich geworden, als daß noch jemand an das Ammenmärchen von der neutralen Wissenschaft glauben kann. Auch sie ist Klassenbedingt und damit eingereiht in den politischen Kampf. Was ist dann der unpolitische Rundfunk mehr, als eine Heuchelei?

Wir haben übrigens schon längere Zeit den politischen Rundfunk. Seitdem das Rundfunk-Mikrophon aufstach an Orten des Zeitgeschehens, ist das Odium des Unpolitischen verloren gegangen. Immer mehr verlor der Rundfunk tätigkeit zu sein, bei aktuellen Vorgängen. Nach den Wahlen von Hindenburg und Marx, folgten politische Referate von Stresemann und letzgens die Minister Reinhold und Kühl. Das sind Sensationen! Außer diesen Reden der Politiker des Tages wurden öfters Festreden übertragen. Die wichtigsten wohl, die vom Völkerverbund. Daneben Denkmalsweihen und ähnliches. Allerdings keine von der Arbeiterschaft veranstalteten, denn das würde gegen die Neutralität verstoßen. Der grüne Reid stieg uns ins Gesicht: warum dürfen wir nicht?

Wie der Junge auf die erste vom Lehrer erlaubte Zigarette, freuten wir uns auf die Uebertragung der Einweihungsfeier am Sonnabend. Die Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wurde eingeweiht und die Reden sollte man durch den Rundfunk hören können. Zwar nicht über alle deutschen Sender, auch nicht über den Deutschlandsender. Nur die Mitteldeutschen Sender Leipzig und Dresden verbreiteten sie. Doch, auf einmal — bei der Rede von Enderlein wurde der Sender abgeschaltet. — Witten in der Zigarette befaßt der Lehrer aufzuhören. Hat Enderlein Wahlpropaganda getrieben? Hat er eine politische Rede gehalten? — Aber das ist ja gleichgültig. Was es auch immer für eine Rede war, er tat nichts Schlimmeres, als Herr Kühl oß der Tagung der sächsischen Gemeindebeamten am darauffolgenden Sonntag. Herr Kühns Rede war eine Wahlrede zu den bevorstehenden sächsischen Wahlen. Für eine bestimmte Partei, denn schließlich ist Herr Kühl Demokrat. Sie war durch und durch politisch und doch wurde der Sender nicht ausgeschaltet und er durfte auf die Waise der Hörer einzuwirten versuchen durch den Rundfunk. (Ihn hörten mehr, als Enderlein hätten hören können schon wegen des Sonntags. Ueberdies war die Einweihung der Bundeschule im offiziellen Programm der 'Miraq' nicht angegeben, während die des Herrn Kühl wohl vermerkt war.) Obwohl das Reichsministerium, dem er vorsteht, das Innenministerium, gerade die Ueberwachung des Rundfunks in Händen hat. — Der Junge muß die Zigarette weglegen, damit der Lehrer den größeren Teil rauchen kann. Dem Vertreter einer Arbeiterpartei wird das Wort abgeschnitten, damit die Ausnutzung des Machtfaktors Rundfunk durch eine andere, herrschende Partei um so besser wirkt.

Das Gerede von dem 'neutralen Kulturfaktor' erweist sich als Mittel zur Irreleitung; der Ausdruck Kulturfaktor soll die Tatsache verdeutlichen, daß der Rundfunk ein Machtfaktor ist. Den die herrschenden richtig, die anderen gar nicht ausnutzen dürfen. Das nennt ich echte Demokratie, die zum Grundlag erheben möchte: Was Jupiter erlaubt ist, darf der Däme nicht (Quod licet jovi, non licet bovi). In der Gott möchte der Vertreter der bürgerlichen Macht sein. Aber die Arbeiterschaft dient keinen Göttern — auch nicht, wenn sich einer Neutralität nennt. Jacob Blauer.

Die Pinkertons gegen die Arbeiter

Die Rano.

Seit Silberberg soll die Arbeiterschaft glauben, daß das Unternehmertum bereit ist, mit ihr 'sozial-wohlwollend' und 'politisch-vorurteilslos' sich in die Macht zu teilen. In Düsseldorf hat am Freitag noch Herr Silberberg mit 'tiefem Gefühl' betont, daß es gelte, Unternehmer und Arbeiter zurückzuführen von einem Wege, der zu ihrer völligen gegenseitigen 'Entfremdung' führe. Am selben Tage, während der Tagung des Langenamen-Bereins, der diese Returierung Silberbergs hörte, wurde den anwesenden Unternehmer-Vertretern ein Zirkular zugestellt über 'Unterbringung der Versorgungsanwärter aus Wehrmacht und Polizei in der Wirtschaft durch Rano' (Reichsorganisation für persönliche Berufsvermittlung in Berlin). In diesem Zirkular heißt es einleitend:

'Die Unterbringung der aus Wehrmacht und Polizei ausscheidenden Versorgungsanwärter im öffentlichen Dienst ist infolge der dringlichen Behördeneinschränkung nur zum Teil möglich. Ihre Unterbringung auch in der freien Wirtschaft bleibt daher eine Notwendigkeit.'

Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben dieses anerkannt und ihre Mitglieder zur weitgehenden Mitarbeit angeregt. Diese Mitarbeit liegt auch im eigenen Interesse der Firmen, da die aus Wehrmacht und Polizei Ausscheidenden im allgemeinen gute Arbeitskräfte darstellen.

Die Unterbringung in der freien Wirtschaft ist aber in dem erforderlichen Umfange nur dann möglich, wenn die Vetter der Unternehmungen persönlich dafür sorgen, daß ehemalige Wehrmachts- und Polizeiangehörige in ihren Werken eingestellt werden.

Wir bitten deswegen, daß die leitenden Unternehmer Anforderungen nach ausscheidenden Wehrmachts- und Polizeiangehörigen unter Angabe der Bedingungen, welchen dieselben zu entsprechen haben, richten an: die federführenden Stellen der Rano bei der Austauschstelle der Rheinisch-Westfälischen Bezirksarbeitgebervereinigungen und der Arbeitgeberverbände des besetzten rheinischen Gebiets oder unmittelbar an die Rano. Die Rano arbeitet bekanntlich als eine von der Wirtschaft für diese Sonderaufgabe geschaffene Zentrale und steht mit dem Reichswehrministerium und den Innenministerien der Länder in unmittelbarer Zusammenarbeit. Im Verwaltungsrat der Rano sitzen 28 maßgebende Herren als Vertreter der großen Wirtschaftsgruppen.'

Was unter den 'guten' Arbeitskräften im Sinne der Unternehmer zu verstehen ist, braucht nicht deutlicher bezeichnet zu werden. Da man 'die Leiter der Unternehmungen persönlich' für diese 'guten' Arbeitskräfte engagiert, so weiß man, daß sie als 'verlässliche wirtschaftsfriedliche Elemente' (und wie die Rosenamen für alles 'Gute') noch heißen mögen) in die Betriebe hineingebraucht werden sollen. Sie werden dann aber außerdem an erster Stelle empfohlen für 'Waffen-, Wachs- und Sicherheitstechnik'. Und damit erhält die Angelegenheit dann allerdings noch eine ganz besondere Bedeutung. Nach dem Muster Amerikas sollen in die deutschen Industriebetriebe Pinkerton-Garden eingeführt werden, die von der Rano nicht als Gruppen von Arbeitskräften für die Produktion, sondern als militärisch ausgebildete Werktruppen der besonderen Aufmerksamkeit der 'leitenden Unternehmer', von uns allerdings der größten Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiterschaft empfohlen werden.

Die deutschen Gewerkschaften und der englische Bergarbeiterstreik.

SPD. Der Bergarbeiterverband teilt mit: Ueber die Sitzung des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Ostende haben kommunistische und bürgerliche Zeitungen Meldungen verbreitet, die in jeder Beziehung irreführend und erdichtet sind. So bringt das kommunistische Ruhr-Echo als eigene Meldung aus Ostende die gleiche, in jedem Punkte unzutreffende Mitteilung, die die Deutsche Bergwerks-Zeitung aus Ostende erhalten haben will. Diese Uebereinstimmung der Berichterstattung in kommunistischen und Unternehmer-Organen ist ebenso auffallend wie ihr Inhalt falsch ist. Der Sekretär des britischen Bergarbeiterverbandes Cool, der angeblich in leidenschaftlichen Worten an die Delegierten appelliert haben soll, alles daranzusetzen, um einen internationalen Solidaritätsstreik durchzuführen, hat in der Ostender Sitzung lediglich einen durchaus sachlichen Bericht über die Kampfpläne in Großbritannien und den Gang der Verhandlungen mit der englischen Regierung erstattet. Auch kann keine Rede davon sein, daß sich die Botsprechungen zum Teil sehr erregt gehalten hätten. Vielmehr vollzogen sich die Beratungen in völlig würdiger und kameradschaftlicher Form. Ebenso unrichtig ist die in den kommunistischen und bürgerlichen Falschmeldungen wieder-gegebene Erklärung der amerikanischen Delegierten, da überhaupt kein amerikanischer Delegierter in Ostende vertreten war. Ferner hat auch kein Delegierter sich über die Ausgabe einer Generalstreikparole in dem angegebenen Sinne geäußert. Endlich ist auch falsch, daß die englischen Delegierten erklärt haben sollen, daß aus keinen Fall mehr als 15 Prozent der Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Richtig ist vielmehr, daß die englischen Delegierten eine ähnliche Darstellung der britischen Unternehmerpresse als übertrieben und tendenziös bezeichneten. Weitere Mitteilungen der kommunistischen Presse über die Haltung der deutschen

Bergarbeiter-Delegation in Ostende sind genau so erfunden. Der angebliche Hinweis zur Begründung des deutschen Standpunktes auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften und auf die Lage des Saargebietes ist nie erfolgt, wobei auch besonders unerfindlich ist, welche Bedeutung ausgerechnet die Lage im Saargebiet in diesem Zusammenhang haben soll. Die Rote Fahne geht noch weiter und behauptet, die deutschen Bergarbeiter hätten die Reparations-lohnenverpflichtung als 'Ausrede' benützt. Wie jedermann bekannt sein könnte, hat Deutschland zu keinem Zeitpunkt auch nur ein Gramm Reparationslohn nach England geliefert. Die deutsche Delegation ist in keinem Punkte von den Instruktionen abgewichen, die sie von der Düsseldorf Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes einstimmig erhalten hat. Damit dürften sich die durchführbaren und deutsch übereinstimmenden Kombinationen der kommunistischen und Unternehmer-Presse erledigen.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt uns: Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verammelte sich am Montag im Sitzungssaale des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu seiner fünf-ten Sitzung. Er nahm zunächst den Bericht des Genossen Leipzig über die Tätigkeit des Bundesvorstandes entgegen. In der Debatte brachten alle Redner zum Ausdruck, daß die Sammlungen für die streikenden englischen Bergarbeiter, an die Leipzig bereits in seinem Bericht erinnert hatte, mit Nachdruck fortgesetzt werden müssen. Diese Mahnung fand allgemeine Zustimmung. Am Schluß der Debatte stellte Genosse Leipzig daher fest, daß sich der gesamte Bundesausschuß, in der Erkenntnis der großen Bedeutung des Streiks in England, der in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Aufforderung, die Sammlung mit verdoppeltem Eifer fortzusetzen, anschloß.

Ferner beschäftigte sich der Bundesausschuß mit Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit, darunter zunächst mit dem Schutze der älteren Arbeiter. Hierzu hatte der Bundesvorstand eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die beraten und den zentralen Verbänden zur Prüfung überwiesen wurden. Dann beriet der Bundesausschuß die Frage der gezielten Bekämpfung der Ueberstunden. Die Beratungen darüber werden am Dienstag fortgesetzt.

Die Bankangestellten lehnen den Schiedspruch ab.

Die am Sonntag stattgefundene Zentralverwaltungs-sitzung des Allgemeinen Verbandes der Bank-angestellten nahm zu den aus allen Teilen des Reiches eingegangenen scharf ablehnenden Erklärungen anlässlich des am 27. September gefällten Schiedspruchs für das Bank-gewerbe Stellung. Der Zentralrat machte sich diese Ablehnungen in vollem Umfange zu eigen. Er beschloß gleichzeitig mit der Ab-schließung des Schiedspruchs bei dem Reichsarbeitsminister bei einem evtl. Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schieds-pruchs den stärksten Protest einzulegen.

Der Schiedspruch sieht hinsichtlich der Arbeitszeit im Bank-gewerbe keine Verkürzung vor. Das wirkt sich jetzt bereits so aus, daß überall im Reich der Abbau im Bankgewerbe wieder aufsteht, wie übereinstimmend von allen Seiten berichtet wird. Das Schlimmste ist, daß es in erster Linie wieder verheiratete und kinderreiche Angestellte sind, die von den Banken zur Ent-laffung gebracht werden. Die Entlassungen erfolgen, trotzdem nach der Statistik des Beamtenversicherungsvereins für das Bank- und Bankergewerbe die Ziffer der verheirateten Angestellten im Bankgewerbe bereits mehr als 50 Prozent in der normalen Ehe-frequenz der Privatangestellten zurückbleibt.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten wird diese unerhörten Zustände noch in einer besonderen Eingabe an das Reichs-arbeitsministerium darstellen. Diese Eingabe wird auch der Öffentlich-keit zugänglich gemacht werden.

Die Räder.

Wir lesen im Proletarier, dem Organ des Fabrikarbeiter-verbandes:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß — besonders die Arbeiter der technischen und lebenswichtigen Betriebe —, von ihren Vorgesetzten aufgefordert werden, auf eine Zeitschrift 'Die Räder' zu abonnieren. Oftmals weisen die Kollegen gar nicht, um was für eine Schrift es sich handelt, bis sie dann bei erster Gelegenheit merken, daß es die offizielle Zeitung der 'Technischen Rothilfe' ist. Also derselben 'Teno', die bereit ist, bei jeder ernsthaften Auseinander-setzung zwischen Kapital und Arbeit Streikbrecherdienste zu leisten. Die meisten Arbeiter haben deshalb auch gar kein Inter-esse daran, eine solche arbeitereindliche Einrichtung zu unterstützen.

Insum ist es aber, wenn Vorgesetzte ihre Macht und die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter auszunutzen, um sie zum Bezuge und zur Unterstützung der Räder und damit der Teno zu zwingen! Es sind uns Fälle bekannt, wo Vorgesetzte die einzel-nen Arbeiter zur Unterschrift aufgefordert haben mit der Bemerkung: 'Sie wollen doch noch länger bei uns arbeiten?' Was das bedeutet, weiß jeder Arbeiter! Wo derartige geschickt, sollte ununterzüglich die Organisation und auch der Betriebsrat in Kenntnis gesetzt werden.

Die 'führenden Herren' der Industrie, die immer und besonders in letzter Zeit so viel von Weltgemeinschaft und Arbeitsgemein-schaft reden und schreiben, möchten wir einmal öffentlich fragen, ob sie ein solches Vorgehen ihrer Untergebenen billigen? Soll diese Bergewaltigung der freien Meinung ein Ausfluß oder eine Frucht der vielgesprochenen 'Weltgemeinschaft' sein?

2. internationale Konferenz der Kriegsbeschädigten.

SPD. Genf, 2. Oktober. Die zweite internationale Konferenz der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer hielt am Sonnabend nach zweitägiger Kommissionsarbeit unter Vorsitz von Genossen Hoffmann und Chate-net (Frankreich) zwei Vollsitzungen ab. Am Morgen war das Bureau der Konferenz vom Generalsekretär des Völkerverbundes emp-fangen worden.

Bei der Beratung der Statuten der Internationalen Ar-beitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten und -teilnehmer, wie die neue Organisation endgültig getauft wurde, kam es zu einer kleinen Mitbestimmung bei den französischen Delegierten unter sich. Einige Vertreter von rechts orientierten französischen Verbänden ärgerten, der neuen Organisation ein festes Geßelge mit einem ständigen Vorstand, einem Sekretariat und einem jährlichen Kongress zu geben mit der Begründung, daß dadurch die endgültige Verständigung mit der älteren Kriegsteilnehmerorganisation der internationalen Länder erschwert werden könnte. Die große Mehrzahl der franzö-sischen Delegierten folgte jedoch nicht dem letzten Versuch, dem inter-nationalen Verband die Führung der Internationale der Kriegs-beschädigten und Kriegsteilnehmer zu übergeben. So wurden,

nachdem in einer einstimmig angenommenen Resolution die Lei-tung der Arbeitsgemeinschaft beauftragt wurde, mit der Leitung des Internationalen Verbandes zwecks Regelung der gegenseitigen Beziehungen Fühlung zu nehmen, die vorgeschlagenen Statuten einstimmig angenommen. Im Vorstand erhalten die Organi-sationen jedes Landes zusammen einen Vertreter und einen Stell-vertreter. Für Deutschland wird Marole vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer gewählt, während der Stellvertreter vom Reichsverband der Kriegsbeschädigten bezeichnet werden wird.

Die von einer Kommission vorbereiteten Anweisungen über den Ausbau und die Verbesserung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge überhaupt und in den einzelnen Ländern, wurden mit wenigen und geringen Änderungen an-genommen. Die Konferenz hat sich neuerdings die Beschlüsse des Internationalen Sachverständigenausschusses von 1923 über die Beschäftigung und Wiedereinstellung der Invaliden ins Erwerbs-leben zu eigen gemacht und daran erinnert, daß es Pflicht des Staates ist, den privaten Unternehmern ein gutes Beispiel zu geben, indem er selbst in der öffentlichen Verwaltung sowie in den staatlichen Betrieben die größtmögliche Anzahl von Kriegsbeschädigten beschäftigt.

Eine andere Kommission hatte eine längere Entscheidung über die Mitarbeit der Kriegsbeschädigtenorganisationen an der

Friedensfrage vorbereitet, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde.

Die Konferenz schloß durch eine Rede des Vorsitzenden Chatenot, der für ein aktives Mitwirken der Kriegsinvalidentenorganisation am Friedenswerke eintrat, worauf Genosse Rossmann unter Hinweis darauf, daß die Beratung eines Deutschen und eines Franzosen zu Vorhänden der Konferenz eine große symbolische Bedeutung habe, eine Erklärung verlas.

Diese deutsche Erklärung fand sofort eine gleiche französische Antwort, worin es heißt, daß das demokratische Frankreich durch keine Kriegsteilnehmer und Invaliden jeden Imperialismus verurteilt und den Weltfrieden wünscht, an dessen Verwirklichung es nach seinen besten Kräften arbeiten werde.

Aus der bayerischen Dunkelkammer.

Bei Gott und seinen Allergütlichsten innerhalb der blauen Grenzpfähle ist kein Ding unmöglich. Jedenfalls ist folgende Tat für den frischbadenden deutschen Volksstaat — bisher — eine Neuheit: Erklärt sich da ein Lehrer Barthel in Oberbessenbach (Unterfranken), für die sozialdemokratische Partei zu werden! Den Gipfel erklimmt seine Vernunft und niedrige Gesinnung, als er sich bei der letzten Reichstagswahl auf die Liste der verruchten „Roten“ setzen läßt. Doch Gottes Mühlen mahlen zwar langsam, aber sicher. Mehr als ein Jahr nach dem Wahlsieg treten nationalsozialistische Vaterlandspatrioten in die Schranken mit der Behauptung, Barthel habe in einer Verleumdung die Offiziere des alten Heeres beleidigt. Hofnotariatsliches Disziplinarverfahren! Etwas so Entschliches verjährt nicht, und darauf können sich 400 Tage später alle schwarzweißen Zeugen noch wörtlich besinnen. (Die Gegenzeugen sind Lust für ein königliches bayerisches Gericht.) Barthel wird zur Verurteilung verurteilt. Die Gemeinde, in der er Aergernis bereitet hat, ist „bestraft“.

Doch Gottes Mühlen mahlen weiter: Das Bistum teilt dem gebirgsartigen Jugendzeiger mit, daß es ihn nicht mehr für geeignet halte, Religionsunterricht zu erteilen. Die hohe Geistlichkeit hat Vollmacht zu solcher Absetzung laut Gottesrecht und laut dem Konfessionen; die staatliche Aufsicht hat hier nichts dreinzureden, und wenn der Lehrer noch so gewissenhaft und tüchtig wäre. Barthel fragt an, warum man ihn des Religionsunterrichts nicht mehr für würdig halte. Er weiß: In Bayern sind Amt und Brot für jeden gefährdet, der den „Geist des Befehls“ nicht pflegen darf oder will.

Antwort: Die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und das offene Eintreten für ihre Ziele ist Grund genug; denn die katholische und sozialistische Weltanschauung ständen doch in offenem schärfsten Gegensatz.

Barthel legt Verwahrung ein und erklärt, daß er seinen Religionsunterricht immer unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit erteilt habe. Der Bischof würgelt den Sünder überhaupt keiner Antwort mehr.

Tatsache ist: Seit einem halben Jahre darf Barthel keiner Klasse mehr nahe. Aus Oberbessenbach ist er ja schmachtvoll hinwegverleht worden, und ihm eine neue Stelle zu übertragen, wagen offensichtlich die staatlichen Behörden nicht, weil Hochwürden den Sozialisten verlesen haben.

Also geschahen im Lande des Lichts und im Jahre des Heils 1926! Die Verfassung, zu deren gewissenhafter Befolgung die Lehrer Deutschlands Jugend erziehen sollen, sichert jedem Staatsbürger hoch und heilig zu, daß er in seiner Meinungsausübung und in der Zugehörigkeit zu einer Partei frei ist und daß ihn niemand benachteiligen darf, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Insbesondere verpflichtet Artikel 130: „Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung gewährleistet.“

Roms Schwärmer spielen auf die Verfassung, mag sie auch das Zentrum in Weimar mit beschwören haben. In Bayern darf der Klerus ungehindert seinen autoritären Gelüsten frönen, zumal wenn er dabei zugleich dem verdienstlichen Werke des Sozialistenoblitens obliegt. Ein Jugendzeiger — Volkswirt, Anarchist, vielschichtiger Präsident! Anathema sit, himm mit ihm in der Hölle Schlund! Am Ende wählt die arme irreführte Jugend, der größten Anfechtungsgefahr wechself erlegend, später einmal nicht zu 100 Prozent die allein Gott wohlgefällige Bayerische Volkspartei! Vermutlich kann niemand in Bayern dem also gerichteten Lehrer zu seinem Gewissens- und Staatsbürgerrechte verheßen; denn das Recht geht in jenem Kirchenstaate vom Kardinal Faulhaber aus und befragt für den Lehrer: Entweder stützt du dich als willensloses, opportunistisches Werkzeug dem Klerus und seiner Partei, oder dauernde Arbeitslosigkeit ist dein verdientes Gehalt.

Ecclesia triumphans: Die Kirche hat das Heft in den Händen! Hallclujah! Spectator.

Wirtschaft

Eine Nationalisierungsbilanz.

Glänzender Abschluß bei Kisdner.

Seit der Stabilisierung der Mark haben die Schwerindustriellen Konzerne ihre Aktionäre, soweit sie keine Kustschaftsanteilen oder sonstige Vorteile aus ihrem Aktienbesitz ziehen, leer ausgehen lassen. Die Kisdner-Werke Aktiengesellschaft, die Spitzengesellschaft des Kisdnerkonzerns, ist die erste unter den rheinisch-westfälischen Montankonzernen, die Ergebnisse ihres Jahresabschlusses für 1925/26 veröffentlicht und zugleich die erste, die wieder Dividende ausschüttet. Die bisher veröffentlichten Ziffern des Abschlusses für das mit dem 30. Juni 26 abschließende Geschäftsjahr zeigen, wie ausgezeichnet die Nationalisierung den Montankonzernen bekommen ist.

Der Kisdnerkonzern ist im Besitz von und beteiligt an Steinkohlengruben, Erzgruben, Eisenerzwerken, Hütten- und Walzwerken und Maschinenfabriken, die zum größten Teil in der Kisdner-Werke A.-G. vereinigt sind.

Der Betriebsüberschuß (Rohgewinn) ist laut Gewinn- und Verlustrechnung von 19,5 Millionen Mark im Jahre 1924/25 auf 24,9 Millionen Mark 1925/26, also um 5,4 Millionen Mark gestiegen. Das entspricht ungefähr dem Betrag, um den seit dem vorletzten Bilanzstichtag der bilanzmäßige Reingewinn größer geworden ist. Er stieg von 152 507 Mark auf 5 342 812 Mk., also um das 3 5 fache.

Dieser Betrag ist aber zustande gekommen, nachdem nicht nur die Sozialabgaben und Steuern, sondern auch die Zinsen der neu aufgenommenen Anleihe in Abzug gebracht worden sind.

Die Steuern sind um nicht weniger als 2 Millionen gesunken — ein Beweis, welche großen Vorteile die Herabsetzung der Kapitalsteuern dem Unternehmertum bringt. Die Sozialabgaben sind etwas, von 5,2 auf 5,9 Millionen gestiegen. Man kann die Sozialabgabe als Teil des Lohnes, also als Teil der Produktionskosten, ansehen und es allenfalls rechtfertigen, daß auch die Steuern, obwohl sie als Anteil des Staates am Mehrwert zu betrachten sind, zur Ermittlung des Reingewinns vom Rohgewinn abgezogen werden. Das gilt aber nicht für die Zinsen, also auch nicht für die hier in Betracht kommenden Obligationen. Zinsen dürfen keinesfalls zu den Produktionskosten gerechnet werden, denn sie stellen einen Teil des Mehrwerts dar, und zwar den Teil, den die tätigen Kapitalisten den müßigen Kapitalisten abgeben müssen. Steigen die Zinsausgaben, so wird nicht der Mehrwert selbst, sondern nur der Anteil des industriellen Kapitals am Mehrwert kleiner und der des Rentierkapitals entsprechend größer. In diesem

Jahre verzeichnet der Abschluß für 1925/26 Obligationen in Höhe von 963 117 Mark, während in der vorjährigen Bilanz überhaupt keine Obligationen enthalten waren. Diese 963 117 Mark sind also dem Reingewinn hinzuzurechnen.

Aus dem Reingewinn wurden 5 Prozent (1924/25 0 Prozent) Dividende verteilt und 688 331 Mark auf neue Rechnung vorgetragen, also zur Reservebildung verwandt.

Die Kisdner-Werke gehören zu den Montankonzernen, die dem Stahlmarkt nicht beigetreten sind; aus der Aussteigerung der Kisdneraktien, die in der letzten Zeit zu verzeichnen war, ist geschlossen worden, daß der Beitritt bevorsteht. Jedenfalls nehmen sie an den Monopolgewinnen teil, die der Schwerindustrie als nächste Wirkung des internationalen Stahlkartells winken. — In der Aufsichtsratsitzung wurde bekanntgegeben, daß infolge der langsam zunehmenden Besserung der Wirtschaftsverhältnisse und der fortschreitenden Rationalisierung der Werke auch im neuen Jahre mit einer weiteren günstigen Entwicklung gerechnet werden kann.

Der Geschäftsbericht enthält ausführliche Angaben über die Rationalisierungstätigkeit, aus denen deutlich der Zusammenhang zwischen Arbeiterabbau und Gewinnsteigerung zu ersehen ist. Die Umstellung der Kohlen- und Eisenerzwerke dergestalt, daß ein Teil stillgelegt, andere technisch ausgebaut worden sind. So konnte zwar die Produktion gesteigert, aber gleichzeitig die Zahl der Arbeitskräfte vermindert und die Arbeitsleistung erhöht werden. Die Kostenförderung auf der Zechen General wurde eingestellt und auf die Schachtanlagen in Raue, Königshorn und Werne konzentriert, während für die Eisenindustrie die Stahlwerksanlagen in Düsseldorf eingestellt und in Hesper und Donabrid zusammengeführt wurden. Als Ergebnis dieser Umstellungen und der zunehmenden Maschinisierung ergab sich eine Steigerung der Durchschnittsleistung. Im September 1925 hatte die Durchschnittsleistung im Kohlenbergbau 1,047 Tonnen betragen und stieg bis zum Mai 1926 auf 1,195 Tonnen und weiter bis zum Juli 1926 auf 1,252 Tonnen. Auch die Selbstkosten der Hüttenwerke haben sich vermindert, sind aber nach Angabe des Berichtes noch nicht auf den tiefsten Punkt gelangt. Sehr wichtig ist die Feststellung des Geschäftsberichts, daß es durch die rationellere Gestaltung der Produktion möglich gewesen ist, den Preisrückgang für Eisen und Kohle im Ausland auszugleichen. Die Senkung der Produktionskosten durch Rationalisierung verlegt also die Schwerindustrie in die Lage, auch bei einem Rückgang der Weltmarktpreise ohne erhebliche Profitverluste die Auslandskonkurrenz zu unterbinden. Der Bericht schildert dann die Zuspitzung der Lage im deutschen Kohlenbergbau infolge der englischen Subventionen und den Konjunkturschwung seit Ausbruch des englischen Kohlenstreikes. Im abgelaufenen Geschäftsjahre konnten seit Streikbeginn etwa 2000 Bergleute neu eingestellt werden. Die niedrigste Förderung des Geschäftsjahres im September 1925 betrug 238 918 Tonnen. Sie stieg zum Juni 1926 auf 316 094 Tonnen, um sich im Juli weiter auf 372 887 Tonnen zu erhöhen.

Der Kampf um die Zechen Margarete.

Das Kohlenyndikat provoziert.

SPD. Die Wucht der Abwehrmaßnahmen der Abgeordneten des hiesigen Bezirks, der Bevölkerung, der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung gegen die Stilllegung der Zechen „Margarete“ werden hoffentlich auf die maßgebenden Regierungskreise und gesetzlichen Körperschaften ihren Eindruck nicht verfehlen. Die Bevölkerung erwartet von den Abgeordneten und Regierungen sehr wirksame Maßnahmen gegen die Konzernbestrebungen, die bei „Margarete“ nichts weiter als ein Terror gegen die ganze Bevölkerung bedeutet. Wenn je zuvor, so ist in der Angelegenheit der Zechen „Margarete“ ein gesetzlicher Eingriff eine absolute Notwendigkeit. Dieser gesetzliche Eingriff wird sich wahrscheinlich nicht nur gegen die Auswüchse der Konzerne zu richten haben, vielmehr rechnet man in parlamentarischen Kreisen auch mit einem gesetzlichen Eingriff in die Syndikatspolitik. Trotz dem Schrei der ganzen Welt nach Kohlen erklärte der Vertreter des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, Dr. Kampenber, in der Sitzung am 2. Oktober bei dem Oberbergamt in Dortmund allen Ernstes, daß das Syndikat nicht in der Lage sei, mehr als 217 000 Tonnen Kohle jährlich Förderung der Zechen „Margarete“ abzunehmen. Das ist das Quantum, welches das Syndikat der Zechen „Margarete“ in der allerletzten Zeit des Abnahmehanges im Jahre 1925 abgenommen hat.

Gegenwärtig und bis auf weiteres ist die Nachfrage nach Kohlen so groß, daß praktisch eine Beteiligungsziffer vom Syndikat nicht beachtet wird, da den Zechen alle Kohlen abgenommen werden, die sie dem Syndikat zur Verfügung zu stellen in der Lage sind. Die Erklärung des Syndikatsvertreters in der fraglichen Sitzung wurde auch von den Abgeordneten, den Betriebsvertretern, dem Gemeinde- und Untervertretern als eine bewußte Provokation aufgefaßt, da seine Erklärung nur zu dem einen Zweck erfolgen konnte, den Willkürmaßnahmen des Stummkonzerns Vorwanddienste zu leisten und trotz größter Nachfrage nach Kohle die Zechen „Margarete“ abbrechen zu helfen. Mögen die Bevölkerung und die Wirtschaft noch so sehr nach Kohle schreien, mögen die übrigen Syndikatszechen weit über ihre Beteiligungsziffer je nach Leistung fördern, der Zechen „Margarete“ nimmt das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat nur 270 000 Tonnen jährlicher Förderung ab, obwohl es bei voller Förderung — wie zur Zeit — verpflichtet ist, 350 000 Tonnen und darüber hinaus der Zechen abzunehmen. Diese Syndikatspolitik darf von der deutschen Gesetzgebung unter keinen Umständen geduldet werden.

Amerika und der Eisenpakt.

TU. Der gestern zustandegekommene westeuropäische Stahlpakt wird von der amerikanischen Presse als das Haupttaagesereignis angesehen. Die Times erklärt, England könne über das Zustandekommen des Stahlkartells mehr beunruhigt sein, als Amerika, da der Pakt für Amerika selbst keine ernsthafte Drohung bedeute. Die Zeitungen veröffentlichen zahlreiche Erklärungen führender Stahlleute, darunter Erklärungen von Gary-Hairman vom amerikanischen Stahltrust, der die Hoffnung ausspricht, daß der neue Stahltrust amerikanischen Stahlinteressen gegenüber keine Spitze bieten möge. Nach den Äußerungen anderer führender Personen erwarte man einen scharfen Konkurrenzkampf in Ost- und Südamerika. Bei den angestellten Erwägungen bedenkt man vor allem die niedrigen Produktions- und Transportkosten des europäischen Eisenstrahles. Im übrigen steht man die Konkurrenz als nicht allzu groß an, da der amerikanische Stahl in den Vereinigten Staaten selbst verbraucht würde, wo die europäische Konkurrenz nicht eindringen könnte.

Von Seiten der internationalen Metallarbeitervereinigung wird erklärt, daß der Eisenpakt für die amerikanischen Arbeiter dann anfängliche gefährlich zu werden, wenn die Zeit käme, in der die Fabrikanten Europas gezwungen sein würden, den Kampf bis aufs Messer mit den amerikanischen Produktionsstätten zu führen.

Das Wallstreet-Journal veröffentlicht einen programmatischen Artikel anlässlich dieses Vorganges, woraus hervorgeht, daß die führenden Industriekreise Amerikas verurteilt werden, das Zustandekommen des europäischen Eisenkartells zur Erhöhung der amerikanischen Zölle auszunutzen, weil Deutschland ein Dumping mit

seinem Stahl beabsichtige. Trotzdem weist das Blatt darauf hin, daß man keine übertriebenen Befürchtungen bezüglich des europäischen Stahlverbandes zu hegen brauche, obgleich künftig der zunehmende europäische Stahlinteressen zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt führen werde. Europa zähle zwar geringere Arbeitslöhne als Amerika, aber dieses verfüge hiergegen über gewisse andere Vorteile, die das ausgleichen. Offenbar wolle der Stahltrust ein gewisses Preisniveau innehalten, was Amerikas Stahlinteressen indirekt zugute kommen werde. Im übrigen weisen die amerikanischen Wirtschaftstheorie darauf hin, daß die Verbindung lothringischer Erzes mit deutscher Kohle ein natürlicher Vorgang sei, nachdem Versailles gewollt eine künstliche Trennung der wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete herbeigeführt habe.

Aus der Umgebung

tz. Großdeuben. Gemeindevorordnetenitzung. Der Brennfasender für Straßenlaternen wird nach dem Vorschlag des Gemeinderats genehmigt, doch soll den Witterungsverhältnissen entsprechend die Brennzeit verlängert werden. Dabei wurde bemängelt, daß die Grundstücksbesitzer in der Hauptsache das Verschneiden ihrer Bäume unterlassen, wodurch die Wirkung der Beleuchtung sehr herabgemindert wird. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Grundstücksbesitzer aufzufordern, das Verschneiden nachzuholen, im Weigerungsfalle soll Bestrafung erfolgen. — Die Pfäumennutzung wird für 310 Mark an Herrn Lange verpachtet. — Die Abtrennung des Grundstück 226a, das nach Ansicht der Vertreter der SPD. das einzige Grundstück ist, das sich zur Erweiterung des Friedhofes eignet, wird der Amstuhauptmannschaft mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten der Friedhofsbefreiung zurückgegeben. — Die Pachtentfäbigung an Herrn Grunewald wird auf 183,10 Mark festgelegt. — Die Landabtrennung nach Espenhain zur Straßenverbreiterung wird genehmigt. — Die Sicherung verkehrssicherer Straßen, der Bau einer Aboranlage in der Sandgrube und der Ausbau der Arrestzelle, sowie Anschaffung verschiedener Ausstattungsgegenstände wird beschlossen. — Das Gehalt des Herrn Große zur Errichtung einer Dampfanlage wird mit 4 gegen 3 bei einer Stimmenthaltung genehmigt, nachdem es die Gemeindevorordneten 1/2 Jahr beschäftigt hat. Dieser Beschluß hat bewirkt, daß die Gemeinde eigenes Land Privatinteressen zur Verfügung stellt und Verkehrsbehindernisse schafft, während sie auf der gegenüberliegenden Seite Grundstücke zur Straßenverbreiterung kauft. Ein Antrag der SPD., genanntes Gehalt dem Finanzausschuß zur Festlegung einer Entschädigungssumme zu überweisen, wurde angenommen. — Dem Vergnügungssteuererlassgesetz des sogenannten Vergnügungsausschuß der SPD. anlässlich des im Januar 1925 stattgefundenen Soermostkonzerts wird stattgegeben, da eine Beibehaltung der Steuer auschließlich und der Gemeinde nur Kosten entstehen würden. — Der Errichtung eines Dachzimmers am Pleisener, der Aufstellung von Bänken, und dem Vertrag mit dem Bademeister wird zugestimmt. — Kenntnis genommen wird von der Spende der Gemeinde Großdeuben in der Höhe von 50 Mark. Hierzu wird beschlossen, allen Spendern den Dank der Gemeinde auszusprechen. — Die Beschwerden gegen den Bademeister werden einstimmig zurückgewiesen, da der Bademeister nur Anordnungen getroffen hat, zu welchen er nach der Badeordnung verpflichtet war.

ol. Pegau. Stadivorordnetenitzung. Die SPD-Fraktion hatte beantragt, bei der Gemeindevorordnetenitzung gegen den Beschluß des Kreisausschusses zu erheben, der die Durchführung des Beschlusses der Stadivorordneten unterlagte, wonach monatlich 2000 Mark zur Naturalbelieferung für Erwerbslose und Fürsorgeempfänger bereitgestellt werden sollten. Die SPD-Fraktion mußte nun ihren Antrag an die Gemeindevorordneten schriftlich begründen. Von der vorliegenden kurzen Begründung wurde Kenntnis genommen. — Für den Schüler Hans Eise werden 200 Mark städtische Beihilfe zur Fortsetzung seiner Studien bewilligt. — Um ein einwandfreies Trintwasser zu erhalten, muß eine neue Enteisungsanlage gebaut werden. Die Kosten in Höhe von 14 000 Mk. werden einstimmig bewilligt. — Für die Schleusenanlage in der Poststraße werden 1100 Mk. bewilligt. — Vom Ratvorsitzenden wird die Vorlage des Eiserburdtuchs im Albershain vorgetragen. Die Gesamtkosten werden auf rund 150 000 Mk. geschätzt. In die Kosten teilen sich der Staat, Bezirk und Gemeinde. Die Stadt Pegau übernimmt 13 000 Mark zu einem Zinssatz von 4 1/2 Prozent und 4 1/2 Prozent Amortisation. Der Albershain wird durch den Durchstich in zwei Teile zerlegt. Beide Teile werden mit einer Brücke verbunden. Darüber erfolgte eine ausgiebige Aussprache. Die Vorlage wird nach dem Beschluß des Rates und des Bauausschusses einstimmig genehmigt.

Den erwerbslosen Haushaltungsvorständen, die kein Volkstücheneisen beziehen, werden je 1 Zentner Kartoffeln bewilligt. Nach dem Vortrag des Ratvorsitzenden beantragte die Volkstüche einen wöchentlichen Zuschuß von annähernd 400 Mk. pro Woche. Der Bürgermeister erklärt, daß diese Zuschüsse bei den beschränkten Mitteln nicht weiter geleistet werden können. Er schlägt vor, den Preis der Portion um 100 Prozent zu erhöhen. Es entwickelt sich eine ziemlich heftige Aussprache, ohne daß bestimmte Vorschläge gemacht werden. Gen. Michaelis stellt den Antrag, nachmals 1000 Mk. zu bewilligen und sich innerhalb 14 Tagen in den Fraktionen schlüssig zu werden, wie der Volkstücheneisenbetrieb aufrecht erhalten werden kann. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bezeichnend ist die Haltung der Kommunisten. Einmal reifen sie die Volkstüche mit allen Mitteln ihrer demagogischen Kunst herunter, dann erklären sie wieder, daß an dem jetzigen Zustand der Volkstüche unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Ihr hartes Verhalten hat letzten Endes den Erfolg, daß die Volkstüche überhaupt in Frage gestellt wird. Denn nicht nur die Stadivorordneten haben zu bestimmen, sondern auch der Rat spricht sein Wort dazu. Da helfen alle leeren Redensarten des Herrn Voigtländer nicht darüber hinweg. Man kann aber auch auf den Gedanken kommen, daß die ganze Taktik darauf hinausläuft, die Volkstüche zu erledigen.

Vom Rat ist ein Beschluß gefaßt worden, einen Versorgungsausschuß zu bilden, der den Einkauf von Lebensmitteln besorgen soll. Der Konsumverein sei mit der Belieferung von Lebensmitteln beauftragt worden; auch seien die Preise von anderer Seite günstiger gewesen. Stadiv. Michaelis wendet sich gegen die Behauptung, daß der Konsumverein teurer sei, wenn man nicht gleichzeitig die Qualität in Betracht ziehe. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, von der Bildung eines Versorgungsausschusses abzusehen und den Stadtrat Kreißmar sowie den Stadiv. Michaelis als Sachverständige beim Einkauf von Lebensmitteln zuzuziehen. — Der Vertrag der Gemeindevorordneten zwischen Mutterhaus und Stadtgemeinde wird ohne Aussprache angenommen. — Ein Antrag der SPD., der größere Zuweisungen an Mitteln von Seiten des Reiches an die Gemeinden fordert, wird angenommen.

di. Bad Lausitz. Aus der Parteibewegung. Die hiesige sozialdemokratische Ortsgruppe hielt am 2. Oktober im Gasthof zum Engel eine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Zunächst gab der Vorsitzende die Namen der Genossinnen bekannt, die in der letzten Frauenversammlung für die Sozialdemokratische Partei gewonnen worden waren. Den Bericht von der Unterbezirkskonferenz erstattete Genosse Schmidt, während Genosse Körke-Borna über den Verlauf des Bezirksparteitages in Leipzig referierte. Ueber beide Tagungen wurde an dieser Stelle bereits ausführlich berichtet, so daß eine Wiederholung der gemachten Ausführungen überflüssig erscheint. Zur Frage der Landtagskandidatur des Genossen Schubert-Groißhild wäre zu sagen, daß die hiesige Parteigenossenschaft alles daran setzen muß, um in Zukunft bei der Kandidierung der Kandidaten noch mehr Berücksichtigung zu finden. Erwähnt wurde weiter die Werbewoche, zu der sich jedes Parteimitglied zur Verfügung stellen muß. Der von der vorbereitenden Kommission zur Stadivorordnetenwahl vorgeschlagenen Kandidatenliste wird zugestimmt. Ein Bericht vom Untersuchungsausschuß gegen Genossen Fuhrmann liegt bisher noch nicht vor. Genosse Grünert-Borna als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses soll ersucht werden, alsbald über das Ergebnis der Untersuchung zu referieren.

Berufsport — Amateursport.

Im Lager des bürgerlichen Sports gibt es seit einiger Zeit heftige Auseinandersetzungen über die vielumstrittene Frage: Amateur- oder Berufsport? In den Kreisen der „besten Gesellschaft“, die dem vornehmen Tennissport huldigt und ihn vielfach als einzige Betätigung betreibt, hat es große Enttäuschung gegeben, als vor kurzem die verheimlichte Weltmeisterin in Tennis, die Französin Suzanne Lenglen, zum Berufssport überging. Die Empörung über diesen Schritt der Meisterin, die man bisher mit Ehrungen überschüttet, war bei den feudalen Nichtturnern so groß, daß die meisten ihrer bisherigen Verehrer und vor allem Verehrerinnen sie sofort gesellschaftlich in Acht und Bann taten. Die „göttliche Suzanne“ sah sich veranlaßt, ihren Schritt zu rechtfertigen. Im Petit Parisien legte sie dar, warum sie Berufsspielerin wurde: „Ich bin seit 12 Jahren Tennismeisterin. Ich habe anderen durchschnittlich Millionen zu verdienen gegeben, und ich selbst mußte Tausende von Franken allein an Melbegeldern bezahlen, um meinen Titel zu verteidigen. Mein Spiel hat mir bisher keinen einzigen Pfennig eingebracht.“ Jetzt sei sie 27 Jahre alt. Sie habe kein Vermögen, das ihres Vaters schmelze bei der Frankentwertung täglich mehr zusammen. So seien bei ihr zunächst Unruhe und Zweifel gekommen, ob es richtig sei, der „Reinigung des Amateurspieters“, in der ihr Vater sie erzogen habe, treu zu bleiben. Den Ausschlag habe ihr Spiel an der Riviera mit der Amerikanerin Helen Wills gegeben. Ein kleiner Klub, der das Spiel arrangierte, habe zunächst 4000 Personen mehr auf den Zuschauertribünen untergebracht. Obwohl die Preise verdoppelt wurden, wurden am ersten Tage alle Karten verkauft. Alle Welt habe an ihrem Spiel unglaublich verdient, nur sie selbst sei leer ausgegangen.

Aus diesen Erfahrungen hat Suzanne die Folgerungen gezogen und den Mut aufgebracht, als Tennisspielerin zum Berufsport überzugehen, um fernerhin ihr Können als Brotetwas weiter zu betreiben. Schädigt sie damit den Tennissport an sich? Oder vertritt sie nur gegen die Sitten der guten Gesellschaft? Der norwegische Stabhochspringer Charles Hoff hat vor einiger Zeit in Amerika auch den Schritt getan und wurde Berufsspieler, als ihm auf einer Varietébühne wöchentlich 10 000 Mark angeboten wurden. Auch er wurde sehr angefeindet, wie er erklärte, am meisten von den Leuten, die für das Geld nach in der Hauptstraße ihrer Stadt umherlaufen würden.

It der Uebergang zum Berufssportler — eine Erscheinung, die bei dem Robsport ständig zu beobachten ist — wirklich ein solches Verbrechen? Oder ist es nicht immerhin ein ehrliches, offenes Vergehen? Ist nicht viel schlimmer die pharisäische Entrüstung der Kreise des bürgerlichen Sports, die jeden Berufssportler in Acht und Bann tun und letzten Endes, wie jedermann weiß, die Amateurbestimmungen tagaus, tagein umgehen. Was heißt denn Amateur? Eine strenge englische Fassung lautet: „Amateurportier ist, wer nie für Geld oder Geldeswert oder in der Absicht, sich finanzielle Vorteile zu verschaffen, an Wettkämpfen oder Spielen teilgenommen hat; wer nie im Sport für finanzielle Vorteile tätig war, mitwirkte, unterrichtete oder sonst seine sportlichen Fähigkeiten vermerkte; wer nie an einem Wettbewerb teilgenommen hat, an dem ein Nichtamateur beteiligt war.“ Mit Recht meint der bekannte Sportredakteur der Vossischen Zeitung, Willi Reiß: „Das dürfte ungefragt genügen, um die Zahl der Amateure in der Welt auf ein Minimum zu reduzieren.“ Und er trifft den Nagel auf den Kopf.

Gerade Arbeiterportier mit hervorragenden Leistungen wissen ein Lied davon zu singen, welche Angebote ihnen ständig gemacht werden, um sie zu bürgerlichen Vereinen hinüberzuführen. Ist es nicht allgemein bekannt, mit welchen Mitteln und Schleichwegen gearbeitet wird, um „Kanonen“ zu halten oder zu gewinnen. So wie die Sportgroßen im bürgerlichen Lager von Wettkampf zu Wettkampf gehen werden, ist es keinem mehr möglich, irgendwie einen Beruf noch ordentlich zu erfüllen. Wo was tut man, was tun edle Götter? Da werden diesen prominenten Vertretern des Amateursports Zigarrenschäfte eingerichtet, Posten als Versicherungsgagenten oder Geschäftsführer zugewiesen und ähnliches mehr, nur damit sie ihre ganze Zeit dem Sport widmen können und dennoch ihr Einkommen haben. Wie das zustande kommt, daran rührt man nicht. Welchen Beruf soll ein Dr. Vetter ausüben oder ein Kurmi, die in den letzten Monaten nicht nur jeden Sonntag, sondern vielfach jeden zweiten Tag irgendwo anders antraten und in der Zwischenzeit große Reisen zurücklegen und trainieren mußten? Sieht es viel anders mit einem Rademacher, einem Böcher oder sonst einer der großen Kanonen? Entweder sie sind von Haus aus kapitalistisch so gestellt — z. B. als Unternehmerjöhne —, daß sie für ihren Lebensunterhalt nicht zu arbeiten brauchen, oder sie erwerben ihn, wenn auch indirekt, durch „Amateurport“. Ihre Leistungen würden vermutlich anders ausschauen, wenn sie, wie der Arbeitersportler, Tag für Tag acht bis neun Stunden zunächst einen schweren Beruf ausüben müßten. Wirklich Amateur sein, heißt den Sport betreiben als Ergänzung seiner Berufstätigkeit, zur Erhaltung seiner Gesundheit und zur Stärkung seines Körpers. Wirklich Amateur ist der geistige und körperliche Arbeiter, dem für seine sportliche Betätigung nur die Freizeit nach Erledigung seines Berufs zur Verfügung steht. Wo ist das bei den bürgerlichen Kanonen der Fall? Daher ist gerade im bürgerlichen Lager die Entrüstung über solche Sportler, die zum reinen Berufsport übergehen, völlig unangebracht, ja vielfach sogar widerwärtige Heuchelei. Diese Berufs-

portler haben wenigstens den Mut zur Ehrlichkeit. Dem wirklichen Sport, der betrieben wird zur Erholung und Stärkung der breiten Massen des Volkes, tun sie keinen Abbruch.

Dichtung und Wahrheit!

Lieft man irgend einen Bericht über eine Tagung der bürgerlichen Sportler, so bemerkt man bestimmt immer die „goldenen“ Worte von den edlen Zielen dieses Verbandes und deren Verwirklichung. Den Zeilen entsprechend kommen sie ihrem Ideal immer und immer näher. — Aber, wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Wies, sehr mies! — Denn man braucht nur die bürgerliche Zeitung Der Kampf, Nr. 30, herzunehmen und darin über die Zustände im Gau Mittelsachsen zu lesen. Da öffnet man aber die Augen! Ein kurzer Abschnitt aus dieser Zeitung soll hier folgen, um den wahren Charakter des bürgerlichen Sports bloßzustellen:

Die Tatsache, daß im Gau Mittelsachsen an den ersten 4 Spielsonntagen 124 Spieler herausgestellt wurden, stimmt allerdings bedenklich. Es kommen also auf jeden Kampftag nicht weniger als genau 31 „Sünder“, die das Ende ihres Treffens nicht mit erleben. Im hiesigen Gau hat man sich sogar die Mühe gemacht, diese Mitspieler in drei Kategorien zu spezifizieren, so daß sich folgendes Bild ergibt:

Table with 2 columns: Reason for disqualification and Number of players. Categories include: wegen Schiedsrichterbelästigung wurden (30 Mann), wegen unsporlichen Benehmens (37 Mann), wegen unsauberer Spielweise (37 Mann).

hinter die Barrieren geschickt! Davon betroffen sind 37 Vereine und von denen wieder einer allein mit 9 Herausstellungen! Kommentar überflüssig!

Sportartikel.

Bezirksjugend aller Sportarten. Zu der Fahrt der Jugendleiter am 9. und 10. Oktober müssen sofort die Anmeldungen erfolgen. Beachtet das Rundschreiben und das Bezirksmitteilungsblatt.

Gerichtssaal

Merkwürdiger Rechtsstreit.

Eine Frau ließ sich von einem Handwerker Stoffmöbel frisch beziehen. Da sie dem Manne die Rechnung nicht bezahlen konnte, bot sie ihm vergleichsweise als Zahlungsmittel Geschlechtsverkehr an. Der Gläubiger fand den angebotenen Preis für seine Lieferung nicht zu niedrig und ging auf das Angebot ein. Die Frau „zahlte“ vereinbarungsgemäß, und alles schien in Ordnung, da das Geschäft zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt war. Plötzlich klagte der Mann den Rechnungsbetrag dennoch ein! Die Frau gab nun vor Gericht den wahren Sachverhalt an. Der Mann bestritt jeden intimen Verkehr. Da fanden sich Zeugen, die beides konnten, daß Geschlechtsverkehr zwischen den streitenden Parteien stattgefunden hatte. Auf Grund dieser eiblichen Zeugenaussagen mußte die Klage auf Bezahlung der Rechnung abgewiesen werden.

Nun ließ der Handwerker gegen die fatalen Zeugen ein Verfahren wegen Meineids betreiben. Doch sprach das Schwurgericht Görlitz die so schwer Verdächtigten frei.

Die Revision gegen dieses freisprechende Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen, so daß der Kläger seinen Prozeß nun endgültig verloren hat und die Frau auf ihren Polstermöbeln ohne weitere Sorgen ausruhen kann. F. K.

Rechtsabfälle Sprengstoffattentate

Im Juni 1922 wurden in Hamburg nicht weniger als sechs Sprengstoffattentate von Rationalsocialisten verübt. Allerdings schien Woban seine schmerzende Hand damals nicht über die germanischen Reden zu breiten, da die Attentate glücklicherweise zum größten Teil zu keinem Ziel führten. Am 1. Juni hatte man es auf das Denkmal der Revolutionserfallenen auf dem Uhlfriedhof abgesehen. Mit 10 Pfund Schwarzpulver und sechs Sprengkraftsein — 75 Zentimeter tief vergraben — wollte man es zerstören, doch funktionierte die Zündschnur nicht. Bei dem folgenden Attentat gegen die kommunalistische Buchhandlung sollen angeblich nur Feuerwerkskörper verwandt worden sein. Zu Schaden ist niemand gekommen. Das nächste glorreiche Unternehmen richtete sich gegen die Hamburger Volkszeitung. Da steckte man Sprengstoffe in den Briefkasten; durch Zufall wurde auch hier niemand verletzt. Auch der angerichtete Sachschaden war verhältnismäßig gering. Ein Sprengstoffattentat gegen das sogenannte Freideutsche Haus klappte ebenfalls nicht nach Wunsch der Halunkenzer. Erstker lief das Unternehmen gegen den kommunalistischen Führer Thälmann aus. In der Nacht vom 17. zum 18. August legten die völkischen Mordbuben zwei besonders wirkungsvoll geladene Handgranaten ins Fenster der Thälmannschen Wohnung. Die Verdächtigten brachten sie zur Explosion und es entstand ein beträchtlicher Materialschaden. Die Ehefrau Thälmanns erlitt einen schweren Nervenstoß, eine andere Frau einen leichten. — Wie die wenigen überhaupt verfolgten nationalsozialistischen Verbrecher wurden auch diese Sprengstoffattentate erst nach Jahren abgeurteilt. Am 12. Juni 1926 verurteilte das Schwurgericht Hamburg mehrere der Attentäter zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Alle Angeklagten legten Revision beim Reichsgericht ein. Außer Bobo Rothmann und Niedrig hielten sie es aber für geratener, die Revision im letzten Moment zurückzuführen. Am 4. Oktober verhandelte der 2. Straßsenat die beiden übriggebliebenen Revisionen. Er verwarf sie und bestätigte damit die fünfjährige Zuchthausstrafe gegen Rothmann und die Strafe von 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus gegen Niedrig!

solches Nachgericht herbeizuführen. Aber er hatte in einer schlaflosen Nacht, bei der zwangigen Umwälzung seiner Persönlichkeit, den höheren Willen empfangen, seinen Kostgängern „Das Gnadenbrot“, echt zünftig herausgegeben, mit beliebiger Nachspeise vorzusetzen.

Und schon am nächsten Morgen wurde dem Charakterspieler Ulrich die ersehnte Rolle ins Haus geschickt. Der stellvertretende Dramaturg nahm sich sogar auf Kosten des Theaters ein Auto, um sie schnellstens dahin zu befördern. —

Charakterspieler Ulrich empfing die Rolle, diese Geisel der Unterwerfung, welche der Feind — kein ärgerer als der Direktor — ihm gebunden auslieferete, in großer Haltung, um nicht zu lagen mit Gleichgültigkeit. Es war keinem künftigen Bild, der sich mit dem selgen Rücken des Unter- oder Hinter-Dramaturgen krenzte, kein Aufblitzen des Triumphes anzumerken. Ganz im Gegenteil leuchtete Herr Ulrich — was betunden sollte, daß kein Stesegewag über Rollen-Weichen ein mühevoller und schmerzreicher war —; seine Hand wog das nur zweiatlige Stück, befand es zu leicht und warf es dann mit leutseligem Schwung auf ein Regal zu den übrigen.

Der beliebte Spieler charaktervoller Figuren schien sogar etwas verdrießlich, und er war es auch. Hatte da eine anerkannte Größe wie er, nicht, nach allzu langwierigem Bestreben, etwas verhältnismäßig Kleines erreicht? Hatte es ihm nicht zuviel Atem schon bis herher gekostet? Und sein Atem war gewiß nicht jedermanns Atem, der dahinsührt, niemand weiß, von wannen er weht und wohin er geht; sondern sein Atem war ein genau eingeteilter, ein mit Gold und Ehre aufgewogener, Glück spendender Hauch; und Herr Ulrich hatte sich allmählich in die Gewißheit verirrt, daß die übrige Welt diesen seinen Atem eigentlich dringender brauchte als er selbst. Es wäre eine der gemeinnützigsten Aufgaben einer pflichtbewußten, wahrhaft modernen Wissenschaft gewesen, für einen Mann wie Ulrich Privatienomen zu erfinden, um seine Lungen für das Wohl aller zu schonen.

II.

Wieder allein geblieben, griff Herr Ulrich sofort nach dem Buch, um es durchzublütern und sich einen solchen Ueberblick zu machen über die Kujosin-Situationen, welche als dramatisch höchst verlockend, um nicht zu sagen: lecker, er auch heute wieder besahen mußte. — Wenn die rohen Patronen des Ecco-Somo-Menschen hän-

Bürgerlicher Dünkel.

Ein Mensch hatte das Glück, in sogenannten guten Verhältnissen aufzuwachsen. Kinderzimmer, Köchin, Dienstmädchen, Ferienreisen waren ihm eine Selbstverständlichkeit; Licht, Luft, Sonne und beste Lederhosen hatte er überreichlich. Doch wollte er trotz sozialistischer Nachhilfe im Gymnasium nicht recht vorankommen. Da starb sein Vater und der Krieg begann. Als „Einhjähriger“ wurde er bald Unteroffizier. Durch Geld und gute Worte brachte der große, starke und stämmige Mensch es fertig, nie an die Front und in die Gefahrenzone zu kommen; er blieb lapidarer Heimkehrer. Die Republik entließ ihn als Bizwachtmeister beim Train. Seine Mutter hatte inzwischen wieder einen reichen Mann geheiratet. Das junge Bourgeoisöhnchen ward 25 Jahre alt, ohne jemals gearbeitet und Geld verdient zu haben. Die Inflation ließ das Vermögen seiner Mutter immer mehr zusammensmelzen. Nun mußte er arbeiten. Als Kaufmann konnte er allenfalls noch den großen Herrn spielen. Doch als ihm das Malheur passierte, einmal wegen Unterschlagung, ein anderes Mal wegen Betrugs mit Gefängnis bestraft zu werden, da zog sich der Herr Stiefpapa, seine Mutter und die ganze hochnoblige Familie von ihm zurück. Er hätte ja der Kreditfähigkeit haben können. Gerade zu dieser Zeit hatte der junge Mann sich aber auf gut bürgerliche Weise zu helfen gewußt. Unter Ausnutzung seiner familiären Beziehungen sowie durch allerhand Täuschungsmanöver gelang es ihm, „eine Dame mit Vermögen“ zu ehelichen. Doch kam bald alles an den Tag. Daraufhin betrieb seine Frau höchenigst die Ehescheidung. Mit dem Ausgestohlenen und gesellschaftlich Geächteten wollte sie, die Frau aus der „besten bürgerlichen Gesellschaft“ nichts zu tun haben. Der nunmehr 32 Jahre alte Mann war gezwungen, als Provisionsreisender seinen Unterhalt zu verdienen. Wenn er jetzt keinen Dünkel endgültig hätte fahren lassen, wäre er vielleicht noch ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft geworden. Er aber wollte die „glänzende Fassade“ wahren. Um aber „Handesgemäß aufzutreten“ zu können, braucht man immerhin Geld. Wie das beschaffen? Nichts einfacher als das. Hier das unfehlbare Rezept. Man gehe zu einem Juwelier, klopfe ihm leutselig auf die Schulter und begrüße ihn als alten Kriegskameraden. „Ach, verzehe; können sich natürlich nicht befinden. Tut aber nichts!“ Nach dieser geistreichen Einleitung läßt man so nebenbei die Bemerkung fallen, daß man ein kostbares Geschenk machen müsse. Man hat selbstverständlich mehrere Bitten in Vordorf, Rauhof und anderwärts, ist eben im Begriff, sich ein amerikanisches Auto zu kaufen und ist im ganzen ein wohlhabender Mann, dem es auf einige tausend Mark nicht ankommt — trotzdem man nur noch 10 Pfennig einstecken hat. Man flechte noch geschickt ein, daß man einen bekannten Großkaufmann zum Stiefvater hat, und man kann das Geschäft mit einigen wertvollen Gegenständen ohne Bezahlung veranlassen. So konnte der gerissene Gauner Leute, die einem ehrlichen Arbeiter keinen Pfennig borgen würden, um beträchtliche Werte betrügen. Sogar der Bürgermeister von Trebsen borgte dem noblen Herrn, der sich natürlich nur in einer „augenblicklichen Verlegenheit“ befand, Geld! Wenn solcher und ähnlicher Fälle wurden dem geriebenen Hochstapler nachgewiesen. Die Zeugen mußten zustehen, daß sie von dem Deklassierten in außerordentlichem Maße dupiert worden waren. Der Angeklagte hatte immer sehr renommiert, er lebe nur von Zinsen. Eben habe er an Parkbänken 10 000 bis 12 000 Mark verdient. In der Inflation hätte er sich ein Vermögen „gemacht“. Ueberall spielte er sich als äußerst reicher Mann auf. Bezeichnend für seine Genügnung war, daß er die Besitztümer seiner ehemaligen Frau auch nach erfolgter Ehescheidung stets als die seinen ansah. Auf die Frage des Vorstehenden, warum er das getan habe, erklärte der Angeklagte, daß „man“ es doch nie gern gebe, daß die Frau das Geld hätte! Trotz aller dieser raffinierten Betrügereien und der Vorstrafen kam er gut weg. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, das Gericht verurteilte ihn zu 8 Monaten Gefängnis.

Wahlpulver

für den Landtags- und Gemeindefwahlskamp.

2. Auflistung.

Beim Bezirkspartei sekretariat gingen aus Leipzig am freitwilligen Beitragen ein:

- List of names and addresses: Gust. Bolett 10 Mt., Dr. Blumberg 30, R. Opitz 15, L. Wiedemann, Engelsdorf 10, U. Cyrus 20, Frau Cyrus 5, Walter Beyer 30, Alb. Beyer 5, Franz Köhler 15, H. Meißner 10, G. Schnerdt 10, Karl und Erich Schirmer 10, Fr. Meißner 10, G. Rothardt 20, Alb. Richter 20, W. Rothardt 10, C. Welle 3, Hermberg 20, Hans Weise 5, Franz Jörn 10, R. Troll 15, Adolf Wolf 6, A. Schelle 6, W. Böhm 10, W. Ruprich 10, Ch. Ferkel 20, G. Barth 15, G. Schüge 10, F. Riebeberger 15, Herm. Liebmann 50, Anna Unger 8.

Aus den Unterbezirken: Osw. Wabewitz, Brandis 12 Mt., Bernh. Saupe, Wurzen 10, D. Hempel, Rittweida 10, R. Vittorf, Döbeln 10, W. Orphan, Geringswalde 25, A. König, Wurzen 20.

Bezirkspartei sekretariat der SPD, Leipzig; Schrörs.

Volkshaus Leipzig. Spezialgericht: Heute: Rindersauerbraten mit Kartoffelklößen 1.20 — Morgen: Gefüllte Rinderroulade mit Kartoffelbrot 1.20

Das Gnadenbrot.

Von Bertold Viertel.

Copyright by Verlag Jakob Hegner in Hellaue 1927.

In dem Dramolekt „Das Gnadenbrot“, von Turgeniew, sollte der Charakterspieler Ulrich den alten Demütigten Kujosin darstellen. Endlich! Er hatte sich jahrelang, wie die Kollegen sagten, um diese Rolle gekümmert; war doch der Kujosin eine der ruhmgekrönten Gestalten des großen Novelli gewesen, den der Charakterspieler Ulrich eben auch nur als Fachritualen einzuführen vermochte.

Das Stück war, mit Rücksicht auf ein alter Schinken, und das ganze Theater lächelte über den hartnäckigen Appell Ulrichs, welcher, schon mehr ein Helfshunger, anfallsweise wiederkehrte und dem Dramaturgen das Leben erschwerte. Aber eines Tages gab der Direktor plötzlich nach und entließ sich zum „Gnadenbrot“.

Man wird nie ganz begreifen lernen, auf welche Weise eigentlich so folgenreiche Entschlüsse eines Selbstherrschers entstehen. Bergelblich wurde noch einmal hingewiesen auf die leidige Tatsache, daß „Das Gnadenbrot“ nur aus zwei Akten bestand, also das Publikum gewissermaßen mitten im Schmaus und mit halbgefülltem Magen nach Haus geschickt werden mußte; wenn ihm nicht noch ein dazu passender Einakter in den Rücken geworfen wurde.

Der Direktor gab ohne weiteres die Schwierigkeiten zu, ein

Bertold Viertel, einer der tüchtigsten deutschen Theaterleute, am Dresdner Staatstheater als Regisseur zu begabt und deshalb unbequem, wirkte in den letzten Jahren in Berlin und neuerdings in Düsseldorf. Er kennt das deutsche Theater gründlich von innen und von außen, und deshalb ist es sehr lohnend, den kleinen Theaterroman „Das Gnadenbrot“ zu lesen, den er eben vollendet hat. Unsere Leser werden daraus mancherlei über eine Sphäre erfahren, die ihnen fern liegt, die aber für jeden Menschen den Reiz des phantastischen und aufregenden hat. Nicht etwa weil die Akten beiderlei Geschlechts mehr Leidenschaft hätten als ihre Zuschauer diesseits der Szenen, sondern weil ihr Beruf sie immerdar dazu verleitet hat, diesen Gefühlen und Leidenschaften auch in ihrem privaten Dasein einen ungehemmten Ausdruck zu geben, als es der Mensch, der gewohnt ist, nur sich selber und nicht auch vielerlei Rollen darzustellen, sich gemeinlich erlaubt.

Am Rande der Lausendjoch.

Von Alexander Gergely.

Die Sonne war schon im Untergehen. Nützlich glitzerte das Wasser des Baches, durch die Allee zuckte ein eigentümlicher Schein, und auch der anliegende Wald schüttelte sein Laub.

An den üppigen Roggenfeldern stand noch das Korn. Selbstsam mochte etwas an seiner riesigen Fläche. Mein Hund stellte sich auf seine vier Beine und knurrte.

„Guten Abend, in Gottes Namen“, sprach das Mädchen in singendem Ton. „Guten Abend.“

„Das Mädchen stand, sie war verwirrt und ihre Augen frohen über mein Gesicht. Mit der einen Hand hielt sie die geballte Schürze und fiel dann plötzlich auf meine Hand.“

„Warum weinst du? Hast gestohlen?“ Sie weinte nur. Der Hund stand auf, reckte sich und stellte sich auf die Hinterbeine. Anrührte und bellte verzückt.

„Dann gingen wir. Langsam. Ich lenkte meine Schritte nach dem Walde, mir zur Linken der Hund, zur Rechten das Mädchen.“

„Was ist doch ein schönes, junges Mädchen! Und hier der Wald; unter seinen laubigen Bäumen niemand, niemand, nur ich und das Mädchen!“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht. „Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

„Kommen Sie schon...“, sie lag mit zusammengedrängten Lippen da, mit nervös enstimmtem Gesicht.

„Aha! Die... die vornehmst mich, die hält mich noch immer für jemand anderen.“

erkläre ihr, wie häßlich das ist. Ja, sie meint es auch so; wird rot und voller Reuschheit wendet sie ihren Kopf weg.

„Stehst du, du bist auch so eine... würdest sein“, ich betrachte das entsetzte Gesicht, die weißen, zitternden Lippen.

„Sie weint wieder, regt sich aber nicht von meiner Seite.“

„Ich sag auch: Meine häßliche Erzählung hätte sie nur darum angehört, weil ich ihr Geld gebe und das Roggenstehlen verzeihe.“

„Es dämmert schon. Mein Hund springt unruhig umher.“

„Wir gehen langsam dem Dorfe entgegen. Das Mädchen schweigt, nur hier und da wirft sie mir ein Wort zu.“

„Wir gehen dem Dorfe zu. Am Ende der Allee bleibt sie stehen und erklärt, daß sie jetzt den Kreuzweg einschlagen will.“

„Mit dem Verwalter? ... Gott behüte, mit dem auch nicht ... Wohin denkst du denn? ... Sie ist nicht eine, wie die in der Stadt ...“

„Was er dir lieber gewesen, wenn ich im Walde? ...“

„Ja. Die Herren pflegen das schon so. Die überlassen die Mädchen ... der Herr Verwalter verlangt das so.“

„Ich tat dir aber doch nichts.“

„Sie steht weiter unentschlossen und blickt nach dem Dorfe. Ihre Hand hält das Geld und die Zigaretten, als wolle sie alles zurückgeben ...“

„Sie weint. „Kommen Sie mit nicht nach, daß Sie mich nicht zuhause noch beschlagen.“

„Kannst mein Hund? Oder laufe ich vielleicht? Die Erregung zwingt meine Füße zum Galopp ...“

„Ein Verwalter, der sie nicht gewollt hat. Und jemand gab Geld und wollte auch nichts. Solch eine Welt ...“

„Dunkel schließt das Dorf.“

„(Aus dem Ungarischen überfetzt von László Eötvös.)“

Kleine Chronik.

Der 1. Autorenabend des ABZ gab einem der kraftvollsten und überzeugendsten Dichter aus dem proletarischen Kulturkreise Gelegenheit, eine zahlreiche Hörerschaft sich selbst vorzustellen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.

Patien eine Scheinehe, um nach der geplanten Scheidung den ihm verwehrt wirklichen Liebsten heiraten zu können.

„Das Kino zu verpflanzen. Nachdem Fredericus Rex in allen denkbaren Posen vorgeführt wurde, kommt seine Familie daran.“

„Die Filmgesellschaften sind dabei, die Berliner Siegesallee in das Kino zu verpflanzen.“

„Kohl um Körner.“

„Ein politisches Scherzspiel.“

„Es gibt zwar keinen Fall Körner in Leipzig, sondern nur die Möglichkeit verschiedener Meinungen darüber, ob es zweckmäßig war, den Vertrag mit diesem Darsteller nicht zu erneuern.“

„Aber es hat sich ein Fall des Herfurthpapiers daraus entwickelt, oder noch besser, eine Anzahl von Fällen.“

„Die Kärner, die Körners Abschied offenbar in diesen Leipziger Gauen hervorgerufen hat, den passendsten Ausdruck zu leihen.“

„Da findet man's nur sonderbar, daß beide wichtigen Blätter es ängstlich verheimlichen, was denn eigentlich für Klagen vorgebracht wurden.“

„Es ist wirklich sehr schade und kommt nicht nur bei Lothar Körner vor, daß die Schauspieler nicht zwanzigmal und auch nicht zehnmal so wie in der Premiere spielen, sondern daß sie abflauen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

„Die Probe „Fußschüttler Zuchthaus“, die er aus seinem neuen Buche „Deutschland“ gab, lassen uns der bevorstehenden Herausgabe des Buches mit starkem Interesse entgegensehen.“

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 5. Oktober.

Herrn Göttes vergebliche Gelüste.

Herr Götze, diese Fleisch gewordene politische und soziale Unbeständigkeit, will in den sächsischen Landtag...

Die deutschvölkische Fraktion im Leipziger Rathaus hat es sich zur Pflicht gemacht, keiner einzelnen Berufsgruppe dienlich zu sein...

Die deutschvölkischen Stadtverordneten haben ihren Wählern das Versprechen gehalten. Sie haben sich nicht vom Geschehen...

Undank ist der Welt Lohn. So sehr Herr Götze sich auch bemüht, im Stadtverordnetenkollegium die Qualität seines politischen Intellekts...

Kommunistische Steuerpolitik.

In einem längeren Artikel in der SAZ mißt sich Herr Lieberach ab, die kommunistische Steuerpolitik im Leipziger Stadtverordnetenkollegium zu verteidigen...

So kurzfristig wie Lieberach und seine Freunde im Leipziger Stadtparlament und so den Interessen der Hausbesitzer und groß...

Wie alt sind die Leipziger Arbeitslosen?

Vom Mai wird uns geschrieben: Vom Deutschen Arbeitsnachweis Leipzig und Umgebung werden uns Aufzeichnungen überliefert...

Table with columns: Berufsgruppe, Arbeitslose männlich, Arbeitslose weiblich. Rows include various professions like Landwirtschaft, Bergbau, Metallindustrie, etc.

24818, 4244, 14518, 4272, 1784, 7479, 2165, 4345, 807, 162

Nach der folgenden Gegenüberstellung der Zahlen vom 1. Mai, 1. Juni, 1. Juli und 1. August ist zu erkennen, daß der Andrang...

Verteilung der Arbeitslosen seit 1. Mai 1926 auf die verschiedenen Altersgruppen (Gesamt- und Prozentzahlen).

Table showing distribution of unemployed by age group (bis 21 Jahre, 21-45 Jahre, 45-60 Jahre, über 60 Jahre) for total and by gender.

kapitalistischer Kreise dienend, sind übrigens kommunistische Abgeordnete in anderen Gemeindeparlamenten nicht...

Vom Schaffot ins Zuchthaus.

Am März d. J. wurde die Frau des Polizeihauptwachmeisters Böckel wegen Gattenmordes vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt...

Wir lassen dahingestellt, welche Strafe die härtere Sühne darstellt. Die U. N. U. fühlen sich berufen, die Schuld an der Umwandlung der Strafe von den bürgerlichen Ministern abzuwälzen...

Die absoluten wie die Prozentzahlen der einzelnen Altersgruppen beweisen, daß es den älteren Arbeitsuchenden um so schwerer fällt, eine Arbeitsstelle zu erlangen...

Die folgenden Tausend-Zahlen geben einen Überblick über die Verteilung der Leipziger Arbeitslosen auf einige ausgewählte Berufsgruppen.

Table showing distribution of unemployed by profession (a) Männlich, (b) Weiblich. Rows include Metallindustrie, Holzindustrie, etc.

Bei den Männern kommt der höchste Prozentsatz an Arbeitslosen auf die Gruppe der Ungelernten, das sind die Markthelfer, Bader, Kutsher, Tagelöhner, Bauhilfsarbeiter...

Bei den weiblichen Stellensuchenden entfällt fast ein Viertel aller Arbeitslosen auf das Bekleidungs-gewerbe...

einmal einem sozialdemokratischen Grundsatze treu geblieben wären. Denn die Sozialdemokratie fordert von jeder die Abschaffung der Todesstrafe...

Ein Hamsterlager aus den Hungerjahren.

Ein Massenangebot von Erbsenware aus der Kriegszeit. Das Leipziger Heeresverwaltungsamt bietet Konjernen zum allgemeinen Verkauf...

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Großschöcher, Morgen Mittwoch, 1/8 Uhr, in der Bibliothek.

Frauen.

Der Frauenklubungsabend fällt Donnerstag aus. Wir gehen alle in die Funktionärenversammlung ins Volkshaus.

Alt-Leipzig. Wir treffen uns zur Besichtigung der Bundeschule am Donnerstag, dem 7. Oktober, nachmittags am Volkshaus, 1/5 Uhr gemeinsamer Abmarsch.

Moskau. Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, Vortrag des Genossen Alfred Kozig über: Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.

Gemeinschaft der Kinderfreunde.

Alt-Leipzig, Nord. Die Kleinen spielen von jetzt ab von 1/4-1/6 Uhr im Heim, Töpferstraße. Seid alle recht pünktlich!

Alt-Leipzig, Süd. Wir spielen jetzt jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr im Jugendheim Süd, Scharnhorststraße 27. Alle Kinder müssen erscheinen wegen wichtiger Besprechung.

Kleinerschöcher. Mittwoch treffen sich alle über 10 Jahre alten Kinder 1/3 Uhr am alten Friedhof. Wir gehen nach Großschöcher zur Teilnahme an den Wettkämpfen zum 17. Oktober. Die Uebrigen um 5 Uhr 52. Volkshaus.

Stütz. Mittwoch spielt Friksen Gruppe von 4 Uhr auf der Parkwiese. Donnerstag ist Heinrichs Gruppe von 6-1/8 Uhr in der Schule. Heinrichs und Mariannes Gruppen gehen Sonnabend und Sonntag auf Fahrt nach Großsch. Anmeldungen bis Donnerstag.

Leuchtsch-Vindenu-Schleusig-Flagwig. Mittwoch, abends 5 Uhr, im „Fortschritt“. Besprechung eines Herbstfestes.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Gau Leipzig. Republikanische Kundgebung am 2. und 10. Oktober in Brandis und Beucha. Die Reichsbannerkapelle führt am Sonnabend, dem 9. Oktober, nachmittags 5,47 Uhr ab Hauptbahnhof Leipzig nach Brandis. Die Teilnehmer aus den Bezirken Leipzig 1 und 2, Leipzig Land und Grimma treffen am Sonntag, dem 10. Oktober, spätestens 9,30 Uhr in Brandis ein. Standaquartier „Goldner Stern“. Standaquartier für Radfahrer Parkschloßchen.

Ortsgruppe Brandis. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Bezirk Grimma. Die Ortsgruppen des Bezirks Grimma sind verpflichtet, an den republikanischen Kundgebungen am 9. und 10. Oktober in Brandis und Beucha teilzunehmen. Stellen am Sonntag, dem 10. Oktober, vormittags 9,30 Uhr in Brandis, Gasthof Goldner Stern.

Bezirk Leipzig-Land. Abfahrt der Teilnehmer an den Veranstaltungen in Brandis und Beucha am Sonntag, dem 10. Oktober, vormittags 8 Uhr ab Hauptbahnhof. Sonntagsfahrkarte bis Beucha lösen. Ab Beucha Marsch nach Brandis.

Pegau. Mittwochabend 8 Uhr Versammlung mit Objektvortrag in Stadt Straßburg.

Mitglieder-Veranstaltungen

Böhlig-ehrenberg. Morgen Mittwoch, abends 1/8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Grünen Aue. Genosse Hermann Liebmann spricht über: „Die bevorstehenden Wahlen und die Arbeiterpartei“. Erscheinen jeden Mitgliedes ist unbedingt Pflicht. Turner, Sportler, Sänger, Radfahrer sind besonders eingeladen.

Dörfer, um „milde Gaben“ zu sammeln und irgendwo für die Verteilung auf den Straßen zu bringen. Das Notopfer wurde gesammelt und von Betreuern verteilt und verteilt. Daran, die damals schon sieben Jahre alten Heeresbestände Hungernden zuwenden, hat offenbar niemand gedacht. Jetzt, nachdem das Heeresbeschäftigungsamt die zehn Jahre alten Büchsenbestände endlich und endgültig „fakt“ bekommen hat, liegt da es genügend neue und gute Waren gibt, sollen die in den Kriegsjahren fabrizierten Plagiate verschleudert werden. Sie gehören zu den noch in alter Erinnerung stehenden Erbswaren. Damals waren sie allerdings „bester Fleischersatz“, denn es handelt sich um einstmalsige Delikatessen wie Erbsen mit Reis und Bohnen mit Reis. Der Konsumverein Leipzig Flagwig hat es abgelehnt, auf ein Angebot einzugehen. Er hat mit Recht abgelehnt, jetzt seinen Mitgliedern solche alten minderwertigen Waren feilzubieten. Dafür sprangen dann die allezeit frommen Beamtenkonsumvereine und eine Reihe anderer Lebensmittelgeschäfte in die Bresche. Diese bieten jetzt den ehemals heiligsten Erbsen in Massen feil. Ob sie damit Glück haben und Käufer für diese ungesunden Kriegserinnerungen finden, bleibt abzuwarten. Bleiblich werden die schönen Sachen n den ihnen jetzt zugewiesenen Lagerräumen abermals für zehn Jahre Heimatrecht erwerben, um dann schließlich auf irgendeinen Komposthaufen zu landen. Zu verwundern wäre es wahrlich nicht, wenn die derzeit katastrophale Unterernährungspolitik in Deutschland nachträglich auch noch solche Erfolge erzielen sollte.

Die Straßenbahnverbindung nach Thelma.

Die Straßenbahnverbindung von Moskau über Thelma nach den Straßenbahnhauptverdiensten Heiterblick dürfte gesichert sein. Die Leipziger Stadtverordneten haben zwar noch ihre Zustimmung zu geben, diese ist aber zu erwarten. Die Gemeindeverordneten von Thelma haben bereits in ihrer letzten Sitzung dem Vertrag mit der Stadt Leipzig zugestimmt. Die Linie soll in Thelma durch die Hauptstraße und Lindenstraße geführt werden. Der Personenverkehr bis zur Lindenstraße soll innerhalb von zwei Jahren aufgenommen werden. Die Gemeinde Thelma wird zur Errichtung eines Wagenpuppens der Straßenbahn bis 2500 Quadratmeter Land kostenlos zur Verfügung stellen.

Wieder zwei tödliche Gasvergiftungen.

Durch Leuchtgas vergiftet wurde am Montag in ihrer obersten Wohnung in der Voßtringer Straße 25 die 25jährige Gertrud L. und in seiner Wohnung in der Ferdinand-Jost-Straße der 39jährige Steinbruder Franz K. aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Vermutlich liegt in beiden Fällen Selbstmord vor.

Gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten und des Rates am Mittwoch, den 6. Oktober. Tagesordnung: Einigungsversuche wegen eines Änderungsbeschlusses zum Haushaltsplan 1925. — Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Tagesordnung: Mißwörterung. Vertrag mit dem Albert-Zweigverein usw. Wahl eines Stadtschulrats als Vorstand des Städtischen Betriebsamts. Bewirtschaftung der Auenwäldungen. Pfahlerverhältnisse einer Straße der Niederstraße. Kinderplatz an der Leinwand- und Burchardstraße. Abwehrverhältnisse der 10. Volksschule. Darlehen an einen Verein zur Vergrößerung seines Bades. Gegebenenfalls: Land in Leipzig-Baunsdorf. Verbreiterung der Brandstraße an der Einmündung in die Pegauer Straße. Fischkulten der Straße C (verlängerten Löniger Straße). Bebauung von Leipzig-Gohlis-Süd. Ausführung Heftarbeiten für Arbeiter, bei denen Erwerbslose beschäftigt werden können. Abwehrverhältnisse der 1. Volksschule. Umbau der Lichtleitung im Zuschauerraum des Neuen Theaters. Verlängerung der Straßenbahn von Leipzig-Baunsdorf nach Engelsdorf. Garantiebeitrag zur Internationalen Buchkunst-Ausstellung Leipzig 1927.

Fleischverkauf auf der Freibank. Morgen, Mittwoch, dem 7. Oktober, an Freibank I: Nr. 2101 bis 3000; Freibank II: Nr. 1551 bis 3050. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

Sächsische Angelegenheiten

Also doch Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine.

In der Regierungsvorlesung zum Gewerbesteuergezet, das am 8. Juli vom sächsischen Landtage verabschiedet wurde, war auch die Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine vorgesehen. Unter der Kritik der sozialdemokratischen Presse und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mußten schließlich auch die 23 die Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine fallen lassen; der Regierungsentwurf wurde dementsprechend geändert. Bei den Beratungen wurde aber von unsern Genossen hervorgehoben, daß z. B. in Dresden der Konsumverein zur Gewerbesteuer herangezogen wurde, trotzdem die Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine nicht im Gesetz vorgesehen war. Die Steuerbehörden hatten einfach konstruiert, der Dresdner Konsumverein Vorwärts verfaßt nicht nur an Mitglieder, sondern auch an Nichtmitglieder, daher unterliegt er der Gewerbesteuer. Alle Versuche des Konsumvereins, dieser Auslegung entgegenzutreten, scheiterten, der Konsumverein mußte Gewerbesteuer bezahlen.

Am dieser Praxis der Steuerbehörden entgegenzuwirken, stellen unsre Genossen bei der Beratung der Gewerbesteuer im Landtage folgenden Antrag:

„Zur Heranziehung der Steuerpflicht nach § 4 Absatz 2 (Konsumvereine) genügt nicht jedes geringfügige, nebenamtliche oder zufällige Hinausgehen über den Kreis der Mitglieder, sondern nur eine gewerbmäßige, auf Erwerbszwecke abzielende Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder.“

Dieser Antrag wurde von den Bürgerischen und den 23 abgelehnt. Als unsre Genossen daraufhin feststellten, daß die 23 die Konsumvereine der Gewerbesteuerpflicht ausgeliefert hatten, entzweiten sich die 23 mit der Behauptung, unsre Genossen trieben nur Hege.

Wie berechtigt die sozialdemokratische Kritik an dem Verhalten der 23 tatsächlich ist, wird jetzt durch den Oberregierungsrat im sächsischen Finanzministerium, Dr. Schmede, bestätigt, der in einem Artikel die Meinung der sächsischen Regierung zur Steuerpflicht der Konsumvereine folgendes schreibt:

b) Die Beschränkung des Geschäftsbetriebs auf die Mitglieder muß zugleich jahungsgemäß und tatsächlich sein. Was zunächst die jahungsmäßige Beschränkung anlangt, so ist allerdings nicht erforderlich, daß die Zahlung eine ausdrückliche, die Beschränkung ausführende Beschränkung enthält; es genügt, daß die Zahlung keinen Anhalt für die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs über den Kreis der Mitglieder hinaus bietet. Andererseits wird im Falle der tatsächlichen Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder die Steuerpflicht nicht dadurch ausgeschlossen, daß diese tatsächliche Ausdehnung der Zahlung zuwiderläuft oder sogar gesetzlich verboten ist. Bei den Konsumvereinen mit offenem Laden zum Beispiel wird es zumeist, obwohl diesen der Verkauf von Waren an Nichtmitglieder nach § 8 Absatz 4 und § 152 des Gesetzes betreffend die Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1898 und 20. Mai 1898 bei Strafe verboten ist, an der Voraussetzung der tatsächlichen Beschränkung des Warenverkaufs auf die Mitglieder fehlen. Denn infolge der tatsächlichen ungeschützten Zugänglichkeit des Verkaufsräume für fremde Käufer haben unterzeichnet sich die Läden der Konsumvereine in keiner Weise von den Läden anderer Gewerbetreibenden.

c) Auf den Umfang der Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder kommt es nicht an. Zunächst nötig ist schon der Charakter der Beschränkungsvorschrift als einer Ausnahmestellung zu einer engen Auslegung. Außerdem ging aber der ausdrückliche Wille des Gesetzgebers dahin, daß jedes, auch ein geringfügiges, Hinausgehen der Genossenschaft oder des Versicherungsvereins über den Kreis der Mitglieder die Steuerbefreiung ausschließen soll. Diese Absicht des Gesetzgebers erhellt unabweisbar daraus, daß gerade eine von der äußersten Linken des Landtages beantragte Ergänzung der Beschränkungsvorschrift in der Richtung, daß „nicht jedes geringfügige, nebenamtliche oder zufällige Hinausgehen über den Kreis der Mitglieder“ die Steuerpflicht begründen solle, von der überwiegenden Mehrheit des Landtages ausdrücklich abgelehnt worden ist.

d) Aus der Natur der Beschränkungsvorschrift als einer Ausnahmestellung folgt weiter, daß nicht die Steuerbehörde beweispflichtig dafür ist, daß der Geschäftsbetrieb der Genossenschaft über den Kreis der Mitglieder hinausgeht, sondern umgekehrt die Genossenschaft oder der Versicherungsverein hat im einzelnen Falle den Beweis dafür zu führen, daß die Voraussetzung der Beschränkung des Geschäftsbetriebs auf den Kreis der Mitglieder erfüllt ist. Gelingt dieser Nachweis nicht, so unterliegt die Genossenschaft oder der Versicherungsverein der Gewerbesteuer.

Nach dieser Regierungsmeinung hat also die Genossenschaft die Pflicht, wenn sie von der Gewerbesteuer befreit sein will, nachzuweisen, daß der Verkauf nur an Mitglieder erfolgt. Bei den Konsumvereinen wird aber von der Regierung im voraus als feststehend angenommen, daß sie nicht nur an Mitglieder verkaufen — sie unterliegen also der Gewerbesteuer!

Diese Annahme wird von der Regierung ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags begründet. Die 23 haben also tatsächlich die Schuld an der Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer!

Die Arbeiter werden diesen Feinden der Konsumvereine am Wahltag die verdiente Dultung ausstellen!

Versammlung der Naturfreunde im Gau Sachsen.

Am 18. und 19. September waren die Bezirks- und die Ortsgruppenvertreter im Volkshaus Dresden versammelt. Von 114 Ortsgruppen waren 78 durch 88 Delegierte vertreten. Anwesend waren die gesamte Gauleitung, die Gaukontrolle und sämtliche Bezirksleiter. Genosse Burger-Nürnberg nahm für die deutsche Reichsleitung, Genosse Hummer-Kußig für die Reichsleitung der Tschechoslowakei an der Versammlung teil.

Aus dem Bericht des Geschäftsführers ist zu entnehmen, daß die Naturfreundebewegung wie alle übrigen Sportorganisationen unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden hatte. Trotzdem ist in den einzelnen Bezirken ein Steigen der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Eine Anzahl neuer Ortsgruppen konnte im Berichtsjahre gegründet werden. Ueber das Gaumitteilungsblatt Der Wanderer konnte nur Günstiges berichtet werden. Es gilt als eines der besten Gaumitteilungsblätter im Gesamtverein.

Aus der Tätigkeit der Gauleitung ist herauszuheben die Herausgabe von Jugendwerbeblättern sowie solcher zur Mitgliederwerbung und für das Unterfunktswesen; außerdem wurde in der Presse durch zahlreiche aufklärende und werbende Artikel für den Naturfreundebegehren geworben. Die Gauversammlung erklärte sich, um auch weiterhin die Beitragszahlung sozialer zu gestalten, für die Einführung von Monatsbeiträgen. Der Eintritt des Gauces in den Landesausflug Sachsen-Deutscher Jugendverbände wurde für notwendig erachtet und vollzogen. Die auf der Gauversammlung 1925 beschlossene Anstellung eines Geschäftsführers und Erziehung einer Geschäftsstelle wurde durchgeführt. Die im Geschäftsjahre gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß damit für die Erledigung der Gauaufgaben das Richtige getroffen worden ist, zumal auch der Wanderer seit 1. Januar 1926 in den Verlag des Gauces übergegangen ist. Die Redaktionen konnten der Gauversammlung berichten, daß die Geschäfts- und Kassenführung einwandfrei war. Die Versammlung erteilte einstimmig Entlastung.

Im weiteren Verlauf der Tagung hielt Genosse Burger ein Referat über: „Die Jugendfrage“. Daraufhin beschloß die Gauversammlung die Jugendarbeit des Gauces nach den Richtlinien die von der Reichskonferenz beschlossen werden, zu tätigen.

Erfolgreiche Arbeit im Unterfunktswesen wurde während des

Berichtsjahres im Gau geleistet. Es konnten die Naturfreunde häufiger Großsteinberg, Großsch, Valtensberg, Vimbach, Dönschen und Postitz eingeweiht und dem Verkehr übergeben werden. Außerdem einigten sich die Unterfunktsleiter Kaufmann, Kaufmann und Demitz-Themly. In Stelle der Pulverhäuser bei Königstein a. d. Elbe konnten wir ein am Fuße des Liliensteins gelegenes Grundstück erwerben, an dessen Ausbau zur Zeit eifrig gearbeitet wird. Zur Bewältigung der finanziellen Lasten standen dem Gau außer dem bestehenden Hausbaufonds noch Staatsbeiträge zur Verfügung. Um das Unterfunktswesen nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln, wurde von der Gauversammlung eine allgemeine Sittenordnung einstimmig genehmigt.

Aus der Fülle der Anträge wurde unter anderem der Antrag auf Abschluß einer Versicherung gegen Unfälle beim Wandern, Klettern und Wintersport einstimmig beschlossen. Weiterhin gelangte im Laufe der Tagung folgende Entschlieung zur Annahme:

„Die Gauversammlung wolle dahin wirken, daß Schritte unternommen werden zur Schaffung einer einheitlichen Sportinternationalen und Aufnahme der „Roten Sportinternationalen“ in die „Luzerner Sportinternationalen“. Die Reichsversammlung des Touristenvereins Die Naturfreunde wird beauftragt, einen Aufruf an alle Arbeiter-Wander-Organisationen und -Gruppen zu erlassen, um eine Zentralisation der Arbeiter-Wanderbewegung herbeizuführen, sich an den Touristenverein Die Naturfreunde, die internationale Wanderorganisation des Proletariats, anzuschließen. Die Aufforderung soll sich auch an die Einzelmitglieder der Organisationsstelle, die vor zwei Jahren von uns getrennt werden mußten, wenden.“

Der Gaubetrag für 1927 wurde in der alten Höhe, zusätzlich 25 Pfg. für Unfallversicherung, festgesetzt. Die Gauleitung und die Gaukontrolle wurden mit großer Mehrheit in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Als Tagungsort der nächstjährigen Gauversammlung wurde einstimmig Chemnitz bestimmt.

Die Parteien im Landtagswahlkampf.

Soweit sich jetzt übersehen läßt, werden als neue Parteien im bevorstehenden Landtagswahlkampf die 23, die Wirtschaftspartei und die Volkspartei auftreten. Bei der Landtagswahl 1922 traten die USV. und der Gauehrbund auf, die zusammen etwas über 18 000 Stimmen erzielten. Das Zentrum brachte es auf 22 000 Stimmen. Da auf rund 28 000 Stimmen ein Mandat entfiel, gingen die drei genannten Parteien leer aus. Wenn die Parteien, die im vorigen Wahlkampf auftraten, bei der diesjährigen Wahl wieder in den Wahlkampf ziehen, dann ergibt sich folgende Gruppierung:

Bürgerliche Parteien: die Dreifundzwanziger, die Volkspartei, die Wirtschaftspartei, der Gauehrbund, das Zentrum, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten.

Arbeiterparteien: die Sozialdemokratie, die Kommunisten, die USV. Die letztere dürfte aber wohl ausfallen — aus Mangel an Kandidaten!

Die neue Wochenhilfe.

Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat auf Grund der Abänderung der Reichsversicherungsordnung eine Verordnung erlassen, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1926 ab u. a. bestimmt:

Die Krankenkassen haben bei der Zahlung des Stillschlags auf den Wert der regelmäßigen Inanspruchnahme von Mütterberatungsstellen, Säuglingsfürsorgestellen und gleichartigen Einrichtungen hinzuwirken. Die Krankenkassen haben den Hebammen für die Hilfeleistung bei einer regelmäßigen Geburt oder Frühgeburt und die danach notwendigen Wochenbesuche einschließlich der hierbei erforderlichen Sonderverrichtungen einen Pauschbetrag von 35 RM., bei Mehrlingsgeburten einen Pauschbetrag von 40 RM. zu zahlen. Eine Entschädigung für Fortkommen wird neben dem Pauschbetrag nicht gezahlt. Die Krankenkassen haben die Entschädigungen an die Hebammen monatlich auszusahlen, soweit anderes nicht vereinbart worden ist.

Entgleisung eines Güterwagens.

Dahlen. Bei der Ausfahrt eines Güterzuges entgleiste Montag früh auf dem Bahnhof Dahlen ein Güterwagen und stürzte um, wodurch die beiden Hauptgleise gesperrt wurden. Der D-Zug Nr. 144, der Dresden um 7,16 Uhr vormittags verläßt, mußte aus diesem Grunde über Riesa-Döbeln umgeleitet werden. Einige weitere Züge erlitten geringe Verspätungen. Gegen Mittag war die Verkehrsstörung beseitigt.

Flauen i. B. Infolge eines Hufschlags gestorben. Der 53 Jahre alte Landwirt Thomas aus Lengenfeld war vom Hufschlag eines Pferdes an den Leib so schwer getroffen worden, daß Blinddarmentzündung und Bauchfellentzündung eintraten. Den Folgen des Schlags ist Thomas im hiesigen Krankenhaus erlegen.

Zwickau. Das Rasiermesser gegen Untreue. Ein Kaufmann hatte sich in ein Hausmadchen verliebt, das er heiraten wollte. Vorher mußte er sich aber von seiner Frau scheiden lassen. Inzwischen wurde das Mädchen Kellnerin. Sie hat es wohl auch mit der Treue nicht so genau genommen, denn sie nahm eines Nachts einen Freund mit in ihre Wohnung. Als sich der Kaufmann von der Untreue seiner Geliebten überzeugt hatte, brachte er ihr mit dem Rasiermesser mehrere Schnittwunden im Gesicht bei. Er gab an, er habe sie nur etwas entstellen wollen. Das Gericht verurteilte den rabiaten Liebhaber zu 100 Mark Geldstrafe — was recht milde ist.

Glauchau. Aufdeckung eines Mordes? Bei der Aufschauung der unterirdischen Gänge in Scherberg haben Arbeiter einen menschlichen Schädelknochen gefunden. Die sofort aufgenommenen weiteren Nachforschungen führten zum Fund eines Oberarm- und Unterarmknochens und zweier Schulterblätter. Nach längeren Bemühungen gelang es, mehrere Rippen, Teile der Wirbelsäule, Beckenknochen und den Unterkiefer mit sämtlichen Zähnen auszugraben. Die Polizei wurde in Kenntnis gesetzt und nahm die Untersuchung dieses rätselhaften Fundes sofort auf. Schließlich fand man in der Nähe des Fundortes der Knochen noch eine gut erhaltene Flasche und Schuwerk. Vermutlich handelt es sich um Spuren eines Mordes, der allerdings schon vor vielen Jahren geschehen sein müßte.

Thum. 90-Kilometer-Tempo eines Güterzugs. Auf der abschüssigen Strecke Jahnbad-Thum verlor die Bremse an einem Güterzug. Der Zug fuhr im 90-Kilometer-Tempo in der Richtung Thum. Kurz vor der Station Thum stürzte ein beladener Rollbocklokomotivwagen um, wodurch mehrere Wagen beschädigt wurden. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, doch wurde der Lokomotivführer, der sich gleich dem Heizer durch Abpringen gerettet hatte, so schwer verletzt, daß er mit dem Krankenwagen abtransportiert werden mußte. Der Verletzte wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Sohrenstein-Ernsththal. Ein Opfer der Fremdenlegion. Kürzlich ist nach sechs Jahren der 24 Jahre alte Stricker Bogel aus der Fremdenlegion heimgekehrt. Bogel ist fast mittellos heimgekehrt worden, so daß er fast die ganze Heimreise zu Fuß zurücklegen und verschiedene deutsche Wohlfahrtsämter auf seinem Wege um Unterstützung angehen mußte.

Wesselsburg. Ermittelter Eisenbahnattentäter. Den Bemühungen der Volkspolizei ist es gelungen, den Eisenbahnverletzte, der zwischen Steudern und Wesselsburg einen Unfall auf die Eisenbahnstrecken gelegt hatte, in der Person eines 15jährigen Arbeiters zu ermitteln und festzunehmen.

Großschöcher. Brandstiftung durch Kinder. Auf dem Rittergut Rasjo bei Großschöcher entstand ein großes Schadenfeuer, das durch sechsjährige Kinder beim Spielen mit Fündhölzern angezündet worden war.

Ein eigenartiger Eisenbahnunfall

Neun Tote durch Gasvergiftung.

SWD. Berlin, 5. Oktober. (Radio.)

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich im Schweizer Kanton St. Gallen ereignet. Im Ridentunnel war am Montag der Abzug des Rauchs durch atmosphärische Einflüsse so gering, daß das Personal eines Güterzuges durch Kohlenoxide betäubt wurde und der Zug im Tunnel stecken blieb. Vergeblich wartete man in der Station Wattwil auf das Eintreffen des Zuges. Da auch jede Nachricht vom Zugpersonal ausblieb, fuhr der Bahnhofsvorsteher mit einer Hilfskolonne von acht Mann in den Tunnel. Sie konnten auch trotz dichten Rauchgases bis zum Zuge vordringen und den Heizer des Zuges und einen Bahnmessner, die bereits ohnmächtig waren, bergen, mählten dann aber wegen Erstickungsgefahr zurückzukehren, wobei sie zwei Bahnarbeiter der Hilfskolonne nicht mehr mitnehmen konnten. Erst gegen Abend gelang es, durch Gasablässe wieder zum Zuge vorzudringen. Der Lokomotivführer, vier Mann des Zugpersonals und zwei Mann der Rettungskolonne waren aber inzwischen an Kohlenoxydvergiftung gestorben. Auch der geborgene Heizer und Bahnmessner erlagen der schweren Rauchvergiftung.

Aus Dormüllers Revier.

W.I.B. Köln, 4. Oktober.

Heute morgen gegen 8 Uhr stieß im Anschlußseils des Spudde-werts kurz vor dem Bräcker Feldweg in Erlen eine von Dort-kommende Lokomotive mit einem aus entgegengesetzter Rich-tung kommenden Zuge der Dorter Bahn bei dichtem Nebel zu-sammen. Zwei Personen wurden schwer, neun leicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

W.I.B. Magdeburg, 4. Oktober.

Wie die Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, ist am Sonnabendabend 3.10 Uhr ein Durchgangsgüterzug im Rangier-bahnhof Magdeburg-Rothensee auf einen Rangierzug aufgefahren. Durch den Anprall explodierte ein mit Benzol gefüllter Wagen. Das ausströmende Öl setzte mehrere andere Wagen in Brand. Insgesamt sind acht Wagen entgleist und 12 ineinandergeschoben worden. Die Magdeburger Feuerwehr löschte in längerer Arbeit den Brand.

Die Juwelen.

Die wertvolle Beute, die der Berliner Juwelenräuber Spruch gemacht hatte, wird in den nächsten Tagen in der Berliner Polizei-ausstellung zu sehen sein, und zwar in deritrine. Die bisher die-erhaltenen Schätze des Fassadenkletterers Walz enthält. Gleich-zeitig werden Bilder die Ausstellungsbesucher über den Gang der Ermittlung des fähigen Juwelenräubers aufklären.

Mit den Kostbarkeiten, die in den Werkstätten im Grunewald und im Friedrichshagenen Forst ausgegraben sowie Spruch selbst abgenommen und von den von ihm bedachten Mädchen der Poli-zei zurückgegeben wurden, ist der gestohlene Schmuck nunmehr wohl restlos wieder beisgebracht. Es hat sich sogar zunächst heraus-gestellt, daß mehr geraubte Schmuckstücke vorhanden sind, als das Verlustverzeichnis der betroffenen Firma aufwies. Allerdings glaubt das Juwelergeschäft, daß noch eine besonders wertvolle Perle-rette fehlt. Spruch gibt die Möglichkeit zu, daß er diese in der eiligen Nacht durch das Kaufhaus des Westens verloren haben könnte. Er sei nämlich damals auf einer der Treppen gestolpert, wobei ihm die Altentafel mit der Beute aus der Hand fiel und ein Teil des Schmucks sich auf den Stufen verstreute. Er habe rasch alles wieder zusammengetragen. Aber möglicherweise konnte dabei die Kette in Verlust geraten sein. Die Polizei rechnet natürlich auch damit, daß dieses Haloband von Spruch veräußert ist oder daß dieser Verlust auf einem Irrtum der betroffenen Firma beruht.

Zwischen ist auch der Brautigam der Charlotte Spruch, der frühere Schauspieler Klampfer, unter dem Verdacht der Begünstigung in Haft genommen worden. Aus den Aussagen seiner Braut geht nämlich hervor, daß auch er sich zusammen mit ihr um die Beiseitigung eines Teiles der Beute bemüht hätte. Auch die beiden Schwestern befinden sich einweilen noch in Haft, doch dürfte zum mindesten die Schwester Elisabeth ebenso wie die Eltern straffrei ausgehen, da bei ihnen lediglich Begünstigung zur Hand vorliegt, die bei Verwandten nicht strafbar ist.

Von dem fähigen Paul Gerlach, genannt „Schmiede-Bau“, fehlt immer noch jede Spur. Die betroffene Firma hat die von ihr ausgelegte Belohnung von 12.000 Mark am Montagmittag dem Berliner Polizeipräsidenten ausgehändigt. Der Betrag wird unter den Personen zur Verteilung kommen, denen das Verdienst an der Wiederbeiseitigung zufällt.

Ein neuer Juwelendiebstahl in Berlin.

Am Sonntagnachmittag haben Eindrehler einem Juwelier-geschäft in Berlin-Triebenaue einen Besuch abgebracht. Sie waren in den Keller des Hauses eingedrungen, durchbohrten von unten

den Boden des Geschäftes und brachten ein Etui heraus, so daß sie in den Laden gelangen konnten. Aus dem Etui entnahmen sie für 25.000 Mark Ringe, Uhren und Silberfaschen.

Die Typhusopfer in Hannover.

Die Zahl der in Hannover an Typhus Verstorbenen hat sich um 8 auf 176 gesteigert. 31 Kranken wurden eingeliefert, 35 konnten als geheilt entlassen werden.

Das hat noch gefehlt!

Statwellkongress in Sicht.

Die deutsche Stadt Altenburg, die Wiege des Stats, plant für das Jahr 1928 einen Kongress aller Statfreunde der Welt. Die „Wenzeltreter“, der Bund der amerikanischen Stat-drücker, haben schon jetzt die Einladung nach Altenburg für eine Mustermannschaft angenommen. Es ist anzunehmen, daß die Statfreunde aller Weltkongress aller Statfreunde folgen lassen. Wie wir hören, sollen die Parteileitungen einiger bürgerlichen und sozialistischen Parteien Deutschlands und Sachsens hierfür um das Protektorat angegangen worden sein.

Mussolini hat die Attentate satt.

Mussolini hat zwar bekanntlich keine Angst vor Attentaten, aber die Verstellung, daß eine Glasscheibe seines Autos aus irgend-welchem Grunde zersplittert und die Splitter ihm ins Gesicht fahren, ist ihm doch unangenehm. Er hat daher die Bestellung un-zerbrechlicher Glasscheiben für sein Auto befohlen. Seine Getreuen sind in großer Aufregung, denn bisher hat sich herausgestellt, daß alle die unzerbrechlichen oder nicht splitternden Glasarten, die in Betracht gezogen wurden, den angelegten Ver-suchen nicht standhalten konnten. Es wird Mussolini wohl auf die Dauer nichts übrig bleiben, als zum gewöhnlichen Spiegelglas zurückzukehren; er kann ja extra dicke Scheiben nehmen.

Auf der Jagd nach Fabeltieren.

Eine Expedition von sechs englischen Tropicenjägern unter Füh-rung des Obersten Jenn hat sich nach dem Nordteil des belgischen Kongogebietes auf den Weg gemacht mit der Absicht, dort nach Tieren zu suchen, die nach Berichten der Eingeborenen existieren sollen, bisher aber nicht bekannt geworden sind. In erster Linie handelt es sich dabei um den Tjizoma, ein Raubtier von der Größe eines ausgewachsenen Löwen, dessen Fell auf weichen Grund-leopardenähnlich gefleckt sein soll. Im Edward-See wird man nach einem Wasserfeller suchen, das etwa doppelt so groß sein soll wie ein Fuchspferd. Schließlich soll auch die Fabel von einem Ele-fanten mit vier Beinen nachgeprüft und der Versuch gemacht werden, einen blauen Gorilla zu fangen.

Ein tausendjähriges Parlament.

Das isländische Parlament, Althing genannt, wird am 29. Juni 1930 tausend Jahre bestanden haben. Es ist die älteste gefestigte Versammlung der Erde und hat unter wechselnden Bedingungen die Jahrhunderte hindurch bestanden, als es sich das erste Mal auf der Thingvalla-Ebene versammelte, bis jetzt. Das Tausendjahrjubiläum soll durch eine Reihe großer Feste gefeiert werden.

Freizeit des Freiherrn von Schlögl. Der bekannte Militär-schriftsteller Freiherr von Schlögl, mit seinem wirklichen Namen Graf von Baudissin, ist am Montagmorgen im Schlafzimmer seiner Wohnung in Weimar tot aufgefunden worden. Der Tod ist auf Herzschwäche zurückzuführen, die durch übermäßigen Gebrauch von Veronal verursacht worden ist. Es wird angenommen, daß der 60 Jahre alte Schriftsteller freiwillig aus dem Leben schied, weil seine Vermögensverhältnisse völlig zertrübt waren. Während er vor dem Kriege durch seine Militärromane und Unterhaltungsromane für höhere Töchter sehr große Einnahmen hatte, schmolz in der Inflation sein Vermögen zusammen; nach dem Kriege war für seine Schriftstellerei kein Betätigungsfeld mehr ge-geden. Er versuchte, sich durch Vorträge noch über Wasser zu halten, ohne daß es ihm anscheinend gelungen ist. Vor einigen Monaten hatte er sich noch ein drittes Mal mit seiner Sekretärin verheiratet, die vor kurzem an einem schweren Gallensteinleiden erkrankte. Dieser Umstand hat wohl auch zu seinem Verzweiflungsschritt beigetragen.

Direkte Zugverbindung nach Westerland. Der Bau des 11 Kilometer langen Damms durch das Wattenmeer nach Sylt hat im Laufe des Sommers außerordentliche Fortschritte gemacht. Mit sechs Spülkragern sind täglich etwa 20.000 Kubikmeter an dem Damme aufgeschüttet worden. Nunmehr werden vom dem Fest-land und der Insel aus mit Trockenbaggern Erdmassen auf die Spülfläche gebracht. Das ist bereits über eine Strecke von neun Kilometern geschehen. Zu erledigen bleibt dann nur noch die Pflosterung der Dammsüße. Man rechnet damit, die Arbeiten in den nächsten Monaten so fördern zu können, daß am 1. Juni 1927 die direkte Eisenbahnverbindung nach Sylt in Betrieb genommen werden kann.

Polizeinachrichten

Verdächtiger Vorkall. Am 29. v. M. abends gegen 1/8 Uhr. haben mehrere in der Dresdner Straße beschäftigte Bauarbeiter wie ein etwa 40-jähriger unbekannter Mann ein Bund Schlüssel im Vorbeigehen in eine in der Langen Straße stehende Reichtlosten-farre warf und schnell davonsief. Er trug ein Jackett unter dem Arme. Ein Arbeiter, dem die Bauarbeiter die Beobachtung mitgeteilt hatten, verfolgte den Mann sofort. Dieser hatte das be-merkt und lief noch schneller nach dem Johanniskloster zu davon. Leider ist er entkommen. Es wird Diebstahl vermutet. Die Schlüssel hat sich das Kriminalamt in Verwahrung, wo sie beschlagnahmt werden können.

Wer war Zeuge? Am 30. September, vormittags gegen 1/8 Uhr. ist auf der Arenaung der Brands, Hermannstraße und Pegauer Straße ein 48-jähriger Retleicher durch eine Krastdrohse umge-rissen und verletzt worden. Das Kriminalamt bittet Zeugen, die über den Dergang des Unfalles bestimmte Angaben zu machen ver-mögen, sich recht bald zu melden.

Gefährlicher Motorradbrand. Am 1. Oktober nachmittags geriet in der Kulturstraße ein Motorrad während der Fahrt in Brand. Der Fahrer veruchte sofort abzurufen, blieb aber hängen und stürzte mit dem Rade auf die Straße. Ein in der Nähe befindlicher Polizeibeamter sprang hinzu und half dem Manne, dessen Rade inzwischen auch noch Feuer gefangen hatte, aus seiner gefährlichen Lage. Der Beamte veruchte dann zunächst, mit be-handelten Händen die Flammen an der Motorabgabe zu löschen; dies gelang ihm aber nicht. Erst unter Zuhilfenahme seines Uniform-rockes glückte das Vorhaben. Ursache des Brandes war Verklemmung eines Hebels am Benzinbehälter.

Rundfunkprogramm

Dienstag, den 5. Oktober. Rundfunk (Wirtschaft). 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerif. Metall-meldungen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsjunk. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wieder-holung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung). 10.05 Uhr: Verkehrsjunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). 12 Uhr: Mittagmusik (Schallplattenkonzert) der Fr. Jul. Heint. Zimmermann. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: C. M. Alfieri und Fr. van Eyjeren: Spanisch. 3.35 Uhr: Prof. Dr. Lewan-domski: „Die alten und antiken Krankheiten des Schulalters.“ 4-5.15 und 5.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 6.30-7 Uhr: Versproben aus den Feuerstellungen auf dem Bäckermarkt. 7.15-7.45 Uhr: Walter Jäger-München: „Reisen in der Vergangenheit.“ 7.45-8.15 Uhr: Dr. Ing. Bürgel-Chemnitz: „Der Bienenbetrieb als Krautwert.“ 8.15 Uhr: Wettervorausage. 8.30 Uhr: Tumen, Spiel und Sport im Humor. Mitwirkende: Wilhelm Engel (Altes Theater) und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Alfred Simon. 10 Uhr: Pressebericht und Sportjunk. 10.15-12 Uhr: Tanzmusik. Hartwig's Dancing-Band.

Mittwoch, den 6. Oktober. Rundfunk (Wirtschaft). 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise, amerif. Metall-meldungen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsjunk. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wieder-holung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Land-wirtschaft und Mitteilungen des Leipziger Wechams für Handel und Industrie. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung). 10.05 Uhr: Verkehrsjunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage. 12 Uhr: Mittagmusik auf der Dupfel-Phonola. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: Lektor Mann und Studentat Friebe! Englisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Lektor Mann und Studentat Friebe! Englisch für Fortgeschrittene. 4-5.15 und 5.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Rundfunk-orchesters. (Nordische Musik.) 6.30-6.45 Uhr: Morieturjus. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 7.15-7.45 Uhr: Walter Jäger-München: „Roboterheiten in alter Zeit.“ 7.45-8.15 Uhr: Dr. Ing. Johannes Kiedel-Dresden: „Probleme der neuzeitlichen Industriearbeit.“ 8. und letzter Vortrag. 8.15 Uhr: Wettervorausage. Leo-Hall-Abend. (Geb. 2. Februar 1873 in Olmütz, gestorben 16. September 1925 in Wien.) 8.30 Uhr: Einleitende Worte. 8.45-10.45 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Felice Rühoff (Sopran), Otto Wadits-Braun (Tenor) und das verstärkte Dresdener Rundfunkorchester. 9.45 Uhr: Presse-bericht und Sportjunk. Anschließend: Funtranger. 11-12 Uhr: Tanzmusik. Gjusto Jazz-Symphoniker. Die Kapelle des modernen Jazz und der alten Wiener Weifen.

Versammlungskalender

Mittwoch, den 6. Oktober 1926. Holzarbeiter. Volkshaus, 1/7 Uhr. Ortsverein L.-Ost SPD. Kohlers Festfeste, 1/8 Uhr.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Der Schreiberverein Neu-Edelweiss Leipzig-Kleinzieher sucht bis 1. November 1926 einen **Bewirtschafter** Schriftliche Bewerbungen sind bis 9. 10. 1926 an den Vorsitzenden Herrn Ungor, Mahelstraße 67, III., zu richten.

Heimarbeit.

Geübte Flach-beuteltücherinnen gesucht. Zu melden mit Wohnungsschein bei **Otto Kühner** Papierwarenfabrik Brandenburg, Straße 16 b. II.

Verkäufe

Auf Kredit **Herrmannzüge** mit 10 Mark Anzahlung **Scherbel** Markneukirchstr. 20.

In Möbel

Vollmer's, Bahnh. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

la. Winterkartoffeln

gute, gesunde, haltbare Ware, gelbfleisch, weiße, blaue sowie rotbackige empfohlen zur Einfrierung ab Lager, Bahn und frei Haus zu soliden Preisen **Max Rob. Dachselt** Leipzig-Neuhäufeld, Neuhäufel-Str. 6 Großmarktthalle und Zentralmarktthalle, Fernsprecher Nr. 69301 und 69308.

Rutenkartoffeln

beste Sorten, gibt die Woche täglich von früh 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr **Edo Merseburger Chaussee** und **Strasse**, am Bahnhof Rudwitsdorf, aus **Rittergut Gundorf bei Leipzig.**

Rutenkartoffeln

gibt am 10. Okt. von vorm. 7 Uhr an aus **Ratsgut Sommerfeld b. Leipzig**

Stoppdecken

w. bill. neu bezogen **E. Heidorn** Dorotheenstraße 2.

Gummi-Klose

Spezial-Haus für moderne, weichen Decken **Leipzig** Hauptstraße 72/73

Kaufgesuche

Kamillen

tadellos trocken, sauber ausgelesen **kauft** **Bruno Brude, L.-Gohl., Hall. Str. 91/93**

Frische und getr.

Kamillen

kauft **Herbert Kumbroch** Centraler Straße 9 **Gold, Silber, Brillant, Gebisse** **H. Hans Dünkel**, Bromadenstr. 25.

Diverses

Ihr Anzug

wied „wie neu“ ge-reinigt u. gebügelt f. **45.00**, Wolle u. Sul. frei. Volk genügt an **Reinigungs „Undine“** L. Döllitz, Burchardstr. 5

Vervollständigung aller Art Zeugnis-abschriften usw. Vervielf.-Bureau, Leipzig, Ost. **P. Fritzsche, Zillorstraße 3.**

Entlausen!

roter Zedel-Milde Rufname „Sans“ Abgabe beim Pförtner **Leipzig-Vindenaue, Angerstraße 44.**